

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Graz – Atomstromfreie Stadt

GRin. **Potzinger** und GR. Bernhard **Kraxner** stellen namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ, BZÖ sowie von GR. Mag. Mariacher folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Bürgermeister hat die Causa prima, die uns wohl allen am meisten zu Herzen geht, schon am Beginn der Sitzung und in der Fragestunde artikuliert. Mein Kollege Bernhard Kraxner und ich, wir haben gemeinsam einen dringlichen Antrag formuliert zum Thema Graz – atomstromfreie Stadt. Die tragischen Folgen der schweren Erdbeben in Japan haben die ganze Welt erschüttert. Die massiven Schäden, die dadurch auch an den Atomkraftwerken entstanden, führen zu einer Umweltkatastrophe unabschätzbaren Ausmaßes.

In Österreich gibt es erfreulicherweise keine Kernkraftwerke, wir haben gestern wieder gehört, Zwentendorf ist jetzt ein Solarkraftwerk, doch Österreich und auch die Steiermark sind von mehreren Atomkraftwerken „umzingelt“. Das Graz am nächsten liegende AKW ist Krško in Slowenien, welches von unserer Landeshauptstadt nur rund 120 km Luftlinie entfernt ist, stellt hier wohl eine besondere Gefahrenquelle dar.

Durch den europaweiten Handel mit Strom gelangt Atomstrom auch nach Österreich, was vielen KonsumentInnen gar nicht bewusst ist. Es gibt aber auch Anbieter, die nur garantiert atomfreie Energie liefern, danke, Frau Vizebürgermeisterin, du hast darauf hingewiesen, Ökostrom zum Beispiel. Daher liegt es nur an uns EndverbraucherInnen, durch erhöhte Nachfrage Druck auf die Stromkonzerne auszuüben und dadurch wiederum atomfreien Strom billiger zu machen. Dadurch könnten sich auch sozial Schwächere diesen sauberen Strom eher leisten.

Es liegt also an uns, im Kleinen anzufangen und für die Stadt Graz mit all ihren Beteiligungen und öffentlichen Gebäuden die Verwendung von Atomstrom auszuschließen. Dadurch wäre Graz wieder einmal bei einem wichtigen Thema Vorreiter. Dies könnte Vorbild für andere österreichische Städte, den Bund, aber auch für den privaten und gewerblichen Endverbraucher sein. Es ist daher ein Gebot der Stunde, dass wir alle Möglichkeiten prüfen, Graz ehestmöglich atomstromfrei zu machen und erneuerbare Energieformen zu forcieren. Dazu gehört in erster Linie die stärkere Nutzung von Wasserkraft, Erdwärme, Fotovoltaik und Solarenergie.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt zu prüfen, inwieweit das Ziel einer atomstromfreien Stadt erreichbar ist. Es soll im Rahmen einer Erhebung geprüft werden, ob eine direkte Beteiligung der Stadt Graz an der Errichtung der Murkraftwerke ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, um eine Versorgung der Grazer Haushalte mit sauberem Strom, regional erzeugt, sicherzustellen. Zudem ist zu prüfen, inwieweit dieses Ziel mit der Realisierung des Einsparkraftwerks Graz und dem forcierten Ausbau der Solarthermie, Fotovoltaik, Geothermie und Fernwärme erreichbar ist.

Darüber hinaus wird Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht, nach der Mur-Enquete am 13. Mai 2011 dem Gemeinderat umgehend einen Bericht über die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Errichtung des geplanten Murkraftwerkes im Sinne einer Ökobilanz für das Grazer Stadtgebiet vorzulegen, damit der Gemeinderat eine klare und richtungsweisende Entscheidung bezüglich der Murkraftwerke fällen kann. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich ersuche nun, dass wir zusammenlegen die zwei dringlichen Anträge, die zu Atomkraftwerken hier sind. Der zweite dringliche Antrag wird eingebracht vom Herrn Gemeinderat Schröck und dass wir dann diese beiden Anträge gemeinsam diskutieren.

2) Bedrohung durch veraltete Atomkraftwerke nahe der österreichischen Grenze

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Katastrophe rund um das Erdbeben und seine Folgen in Japan sensibilisiert nun die Menschheit global für die Unvorhersehbarkeit von Naturereignissen. Es liegt auf der Hand, dass in der Folge weltweit Diskussionen über brauchbare Alternativen zur Atomkraft geführt werden.

Wohin auch immer diese Diskussionen führen werden, sie müssen auf der Grundlage jener Erkenntnis stattfinden, dass Mensch und Technik nicht in der Lage sind, alle Eventualitäten einzuplanen. Neben ehrlich empfundenem Mitgefühl für die betroffenen Menschen in Japan sehen wir aber angesichts eines konkreten Bedrohungsszenarios, das sich quasi direkt vor unserer Haustüre befindet, dringenden Handlungsbedarf.

Der sich ständig im Wachsen befindliche Großraum Graz beheimatet mit seinen Umlandgemeinden sowie den täglichen Einpendlern beinahe 500.000 Menschen. Da werden Verkehrskonzepte erarbeitet, Wohnraum, Grünanlagen und adäquates Freizeitangebot werden neu geschaffen, das alles aber könnte mit einem Schlag zunichte gemacht werden.

Das stark veraltete Atomkraftwerk Krsko befindet sich, und das nicht einmal 120 km, von Graz entfernt in unmittelbarer Nähe zu unserer Stadt. Wobei auch besonders

besorgniserregend ist, dass dieses Kraftwerk genau auf einer Erdbebenlinie erbaut wurde.

In diesem Zusammenhang darf ich einen Sprecher von Greenpeace Austria zitieren, der ausführte, dass Erdbeben der Stärke 6 auf der Richterskala in dieser Region eben leider keine Seltenheit wären und dass Wissenschaftler innerhalb der nächsten 200 Jahre, was ein Wimpernschlag ist, auch ein stärkeres Erdbeben erwarten.

Wenig erbaulich ist in dem Zusammenhang auch der Umstand, dass der IAEO alleine in den Jahren 1989-2008 bereits vier offizielle meldepflichtige Störfälle bekannt wurden, die allesamt direkt oder indirekt mit dem Kühlsystem des AKW Krsko in Verbindung standen.

Auch wenn seitens der slowenischen Behörden wiederholt erklärt wurde, das Kraftwerk entspreche allen internationalen Standards, so darf – ohne unseren Nachbarn etwas Böses unterstellen zu wollen – durchaus an der Richtigkeit dieser Aussage gezweifelt werden. Das AKW Krsko wurde mit Baubeginn 1975 bereits 1983 kommerziell in Betrieb genommen, ist demnach stark veraltet und muss nach Ansicht der Wiener Umweltschutzbehörde auch hinsichtlich seiner seismischen Stabilität als unsicher eingestuft werden, insbesondere da die zu erwartenden Magnituden in einem Fall eines Erdbebens die in der Planung berücksichtigten Werte klar übersteigen werden.

Im Falle eines Austrittes radioaktiver Strahlung wäre diese an einem Tag durchschnittlicher Windgeschwindigkeit innerhalb von 1,5 - 2 Stunden im Großraum Graz. Und wir wissen alle, an ein Leben, wie wir es bisher kennen, würde dann in unserer Stadt für die nächsten 20.000 Jahre nicht mehr zu denken sein.

Während nun also Diskussionen über den Ausstieg aus der Atomkraft auch europaweit neuen traurigen Nährstoff erhalten, gilt es für Graz einen Weg zu finden,

sich konstruktiv in diese Diskussion einzubinden und hierbei vor allem auf das konkrete Bedrohungsszenario in unmittelbarer geographischer Nähe unserer Stadt hinzuweisen. Nun gilt es, alle politischen Kräfte der Stadt, des Landes Steiermark und des Bundes zu konzentrieren und auf internationaler (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), aber auch auf diplomatischer Ebene aktiv zu werden, um diese konkrete Bedrohung abzuwenden.

Sämtliche Ballungsräume und größere Städte Österreichs, das sind also mehr als 3,5 Millionen Menschen, befinden sich in einem näheren Umfeld von Atomkraftwerken. Im Falle eines Naturereignisses oder gezielter Terroranschläge oder im Falle eines menschlichen Versagens muss also davon ausgegangen werden, dass Österreich spürbar betroffen wäre. Das österreichische Volk hat sich im Jahre 1978 mehrheitlich gegen die Nutzung von Atomenergie ausgesprochen. Leider führt uns aber die Energiepolitik unserer Nachbarstaaten genau in jenes Gefahrenszenario, das die Österreicher damals abgelehnt haben.

Zielsetzung muss eine globale Abkehr von der Atomkraft sein. Österreich, muss also, um in dieser Frage international glaubwürdig auftreten zu können, den Ausstieg aus dem EURATOM- Vertrag sofort vollziehen.

Die Naturkatastrophe in Japan führt uns einmal mehr unsere Ohnmacht vor Augen und lässt uns demütig werden. Sie gibt uns aber auch Anlass, über mögliche Gefahrensituationen für unsere Stadt und ihre Bewohner nachzudenken und Schritte einzuleiten, um diese Gefahren möglichst zu verhindern.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Grazer Gemeinderat macht auf die unmittelbare Bedrohung durch Atomkraftwerke im näheren geographischen Umfeld sämtlicher

österreichischer Ballungsräume aufmerksam und fordert die sofortige Schließung.

2. Der Grazer Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich in den entsprechenden internationalen Ebenen für die generelle und sofortige Abkehr von Atomkraft auszusprechen.
3. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, die notwendigen rechtlichen Schritte einzuleiten, um sofort aus dem EURATOM-Vertrag auszusteigen.
4. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die steirische Landesregierung unter zu Hilfenahme sämtlicher politischer Mittel auf, bei der slowenischen Regierung eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerkes Krsko zu veranlassen

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Nachdem bei beiden dringlichen Anträgen sich eine Mehrheit abzeichnet, gehen wir gleich in die Diskussion des Antrages, aber zuvor hat sich noch der Herr Gemeinderat Grosz zur Geschäftsordnung gemeldet.

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Hoher Gemeinderat! Wir haben eine sehr kuriose Situation in der Geschäftsordnung jetzt, auf die ich hinweisen möchte und auch die Vorsitzende, die derzeitige, des Gemeinderates bitten möchte, hier eine Rechtsklarheit herzustellen. Jetzt unabhängig von meiner persönlichen Einstellung und die meiner Fraktion zum dringlichen Antrag der ÖVP würden wir ja zustimmen, wenn er zugelassen wäre, muss ich feststellen, aus welchen Gründen auch immer wir über einen Antrag diskutieren, der nicht zugelassen hätte werden sollen, nämlich im Antragstext und ich habe mehrere Beispiele dafür, es ist erst heute ein Antrag der SPÖ nicht zugelassen worden. Im Übrigen drei dringliche Anträge schon des BZÖ seit zweieinhalb Jahren genau mit der gleichen Begründung nicht einmal behandelt

worden. „Die verantwortlichen Stellen des Hauses Graz werden beauftragt“, das kann der Gemeinderat nicht, das dürfen wir nicht und ist auch laut Geschäftsordnung nicht vorgesehen, sondern wir können den zuständigen Beteiligungsreferenten ersuchen, auf die verantwortlichen Stellen des Hauses Graz entsprechend einzuwirken. Jetzt bin ich der Letzte, der ein I-Tüpfel-Reiter ist, gerade bei dieser Situation, dass wir über ein Thema sprechen aufgrund der Einwirkung seit sieben Tagen dieser Katastrophe, die uns in Japan vergegenwärtigt auch die Gefahren, die wir durch Atomstrom und AKWs in Europa haben. Nur, noch einmal, es hat andere Initiativen, anderer Fraktionen gegeben und zwar aller, die gleich ehrlich und gleich hehre Ziele gehabt haben, die hier nicht zugelassen worden sind mit genau dieser Begründung. Daher ersuche ich die Frau Vorsitzende, den geschäftsordnungskonformen Zustand herzustellen, der entweder so lauten kann, dass man auf die Fraktion der ÖVP einwirkt, ihr die Möglichkeit gibt, trotz Verlesung der Antragsformel es umgehend zurückzuziehen und abzuändern, „die zuständigen Stellen werden beauftragt“, ansonsten kann der Antrag nicht verhandelt werden.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es gibt eine berechtigte Anmerkung des Herrn Gemeinderates und mein Vorschlag ist, dass ich die Sitzung kurz unterbreche, dass die Klubobleute miteinander versuchen eine andere Formulierung zu finden und sich zu einigen und wenn das nicht der Fall ist, dann ist der Antrag, weil das stimmt, nicht so einzubringen.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeisterin, hohes Haus! Ich melde mich zur Geschäftsordnung und es geht um eine Diskussion, die über die Zulässigkeit dieses Antrages von meinem Kollegen Grosz angestrengt wird. Es ist der Betreff Haus Graz in dem Antrag verwendet. Wir verwenden für alles das, was mit der Stadt Graz,

natürlich mit den Töchtern zusammen bildet das Haus Graz. Die Stadt und der Magistrat sind die Stadt im engeren Sinne, die Stadtverwaltung ist die wesentlichste Säule des Hauses Graz. Wenn es einen Interpretationswunsch gibt, dass aus diesem vorliegenden Antrag keinerlei Wirkungen, auch keine Prüfaufträge an Töchter, weitergegeben werden dürfen, das könnte der Magistratsdirektor im Nachhinein erklären und interpretieren gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister, so bleibt die Stadt Graz im engeren Sinne zweifelsfrei ein rechtskonformer Adressat dieses Antrages, und was wir wollen, dass die Stadt mit dem Gemeinderat, mit dem Magistrat, natürlich mit der Stadtregierung alle Anstrengungen unternimmt, aus dem Atomstrom möglichst auszusteigen. Das ist zu prüfen, ist eine sensible Angelegenheit, sollte uns nachher beschäftigen. Der Antrag ist daher rechtskonform eingebracht, er ist für den wesentlichsten Teil auch rechtskonform vollziehbar und es besteht daher keinerlei Anlass, am Antragstext eine Änderung vorzunehmen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf aber folgenden Vorschlag machen. Vielleicht ein wesentlicher Punkt. Wir haben jetzt auch bei der Übertragung weiterer Aufgaben in Richtung unserer Holding auch den Wunsch geäußert, dass jetzt nicht permanent auch aus der tagesaktuellen Politik heraus quasi Beauftragungen und Veränderungen und ein Einmischen unmittelbar ins Unternehmerische stattfinden sollen. Der Magistratsdirektor hat mir sehr deutlich aufgezeigt, dass er gesagt hat, gut, jetzt sind wir wieder bei einer Interpretationsfrage angelangt. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder man unterbricht oder wir einigen uns darauf, es ginge in Wahrheit um was anderes nämlich, ist ein Antrag, der aufgrund dieser Interpretation, Haus Graz heißt eben Beteiligungen und Stadt Graz, Magistrat, wenn man so will und jetzt könnte

man anstelle des Hauses Graz auch, wenn alle damit einverstanden sind, weil da geht es jetzt um einen Antrag, bei dem alle wieder mit dabei sind und damit auch alle erklärt haben, dass es für sie dringlich ist. Normalerweise musst du ihn wegtun und sagen, findet heute nicht mehr statt, weil Änderungen nicht gehen. Wir haben ihn sowieso schon geändert, weil alle dabei waren, wenn jetzt alle einverstanden wären, könnte wir eigentlich mit dem Streichen der Position „Haus Graz“, einfach „Stadt Graz“ draufschreiben oder „Magistrat Graz“, dann ist er de facto in unseren Richtlinien unter Garantie zulässig und dann brauche ich gar nicht wieder diskutieren und interpretieren. Also ganz konkret, es ist die Stadt Graz, die den Auftrag bekommt, das vorzubereiten, wenn alle einverstanden sind, dann können wir ihn mit eurem Zutun auch so akzeptieren (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Lieber Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war zu erwarten, dass aus diesem Leid, das das japanische Volk jetzt getroffen hat, auch in gewisser Weise politisches Kleingeld gewechselt werden wird heute. Ich finde den Versuch, hier daraus die Notwendigkeit für ein höchst umstrittenes Projekt in Graz ableiten zu wollen, einfach sehr seltsam, man könnte auch sagen geschmacklos (*Applaus KPÖ*). Die KPÖ ist sicher nicht gegen die Wasserkraft, dieses energiepolitisch unbedeutende, jedoch ökologisch höchst problematische Projekt, in erster Linie aus Profitgründen geplant, lehnen wir jedoch ab. Geschmacklos ist dieser Antrag von der ÖVP und scheinheilig, muss ich leider auch dazu sagen, ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, dazu schätze ich euch zu sehr. Betitelt ist dieser Antrag als atomfreie Stadt Graz, Graz – atomstromfreie Stadt, ich habe in diesem Saal in den letzten Monaten zweimal versucht in einem dringlichen Antrag durch die Willensbekundung des Grazer Gemeinderates unseren Teil dazu beizutragen, die Fütterung der europäischen Atomlobby einzubremsen. Zweimal habe ich das hier versucht (*Applaus KPÖ*). Raus aus Euratom, hieß die Initiative, der sich schon viele Gemeinden in Österreich

angeschlossen haben, Graz leider nicht. Hauptbremsen war die ÖVP, die sich unserem Antrag zweimal verwehrt hat und damit mitgesorgt hat, dass viele österreichische Steuermillionen der Atomlobby zur Verfügung gestellt werden und nicht der erneuerbaren Energie. Ich finde diesen Antrag, um es noch einmal zu sagen, geschmacklos und scheinheilig (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte jetzt noch einmal betonen, dass beide Anträge die Dringlichkeit erhalten haben und dass wir jetzt schon in der Debatte zu beiden Stücken sind. Das heißt, Wortmeldungen sind möglich.

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Der Bürgermeister hat das heute sehr richtig am Eingang der Sitzung gesagt und ich glaube auch in einer sehr respektvollen Art und Weise uns alle gemeinsam in einer sehr schwierigen Situation, und zwar weltpolitisch schwierigen Situation, uns auch aufgefordert, respektvoll zumindest im Geiste jenen nahestehen, die schweres Leid derzeit zu ertragen haben. Tatsächlich ist die Katastrophe, die wir in Japan erleben, nicht wir, aber wir als Konsumenten jeden Tag, wenn wir den Fernseher einschalten und das seit vorigen Samstag, wo Weltuntergangsstimmung biblische Apokalypse vermittelt wird, der Boden bebt, das Wasser kommt und das Feuer erledigt den Rest in Form von Atomkraftwerken, eine erschreckende Situation, die nicht nur Menschen aller Nationen, sondern auch politische Verantwortliche auch über alle Parteigrenzen hinweg denken lässt. Und daher ist es auch legitim, in so einer Situation auch den Grazer Gemeinderat zu bemühen, auch inhaltlich zu bemühen, in unserem bescheidenen Rahmen dem gegenüberzutreten, was auch angesichts dieser Situation leider Gottes immer mehr Meinung wird, wir können eh nichts tun, sondern wir auch im Rahmen einer politischen Gesellschaft hier Akzente zu setzen, gerade deswegen,

wenn wir in Graz nicht die Insel der Seligen sind. Wir haben vor drei Wochen in Österreich auf breiter zivilgesellschaftlicher Basis mit Unterstützung auch von mehreren Parlamentsparteien ein Volksbegehren unterzeichnen können, wenn wir es wollten, das in Graz 836 Unterschriften gehabt hat, ein Volksbegehren gegen Atomkraft, gegen die Gefahren von Krsko, gegen 40 Millionen Euro österreichisches Steuergeld in Schrottreaktoren, wovon uns einige in Österreich selbst bedrohen. Das Volksbegehren ist sehr gering ausgefallen, das Schicksal hat uns aber zwei Wochen später, zumindest in Österreich, gezeigt oder uns sensibilisiert, dass es sehr wohl ein Thema sein muss. Ein Thema, das wir uns auch miteinander auseinandersetzen, was wir tun können. Daher gibt es den Antrag auch des BZÖ, nicht als Antrag des BZÖ, sondern wohl verstanden, als Antrag des Grazer Gemeinderates, alle Maßnahmen in unserem Rahmen zu treffen, seien es Aufforderungen gegenüber andere Stellen wie der Bundesregierung, Institutionen, Legislativ- und Exekutivorganen, vehement gegen die Atomkraft vorzugehen, europaweit vorzugehen, aber auch in Österreich vorzugehen und die Gefahren zu erkennen, dass das Atomkraftwerk Krsko, ein Schrottreaktor im Übrigen, auf Erdbebengebiet 117 Kilometer von Graz entfernt ist, währenddessen wir im Fernsehen gerade sehen, dass das gefährliche Kraftwerk Fukushima von Tokio 270 Kilometer entfernt ist und die ganze Welt Angst hat, dass Tokio untergeht. Die Gefahr und die Bedrohung ist auch hier, das hat nichts mit Schwarzmalerei zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass wir als Grazer Gemeinderat hier auch ein Zeichen setzen. Zum zweiten Antrag der ÖVP, entschuldige, es werden zwei Anträge behandelt, deswegen hoffe ich auf ein wenig Nachsicht bei der Redezeit, zum zweiten Antrag der ÖVP darf ich eines sagen: Wir werden diesen Antrag selbstverständlich unterstützen, vor zwei Wochen hätte ich diesen Antrag nicht unterstützt, sage ich Ihnen auch ganz deutlich, das hat eine Abstimmung hier in diesem Gremium gegeben über die Murkraftwerke, wo ich dagegen gestimmt habe im Rahmen unseres freien Mandates, Sie wissen, damalige Gemeinderat Mariacher und Gemeinderat Schröck für dieses Stück, ich dagegen, und das, was vor einer Woche passiert ist, hat auch mich denken lassen, wenn ich vehement und ehrlich gegen die Atomkraft bin und wenn ich mich ehrlich für neue

erneuerbare Energieformen einsetze und wenn ich die Gefahren von Krsko, Bohunice, Temelin, Mohovce, und wie sie alle heißen, bis Isar 1, erkenne und unseren offenbar menschlichen Zerstörungswillen, dass wir die Generationen, wie der Bürgermeister es gesagt hat, auf die nächsten 20 Millionen Jahre oder 20.000 Jahre die Zukunft unseres Landes ruinieren, wenn wir das erkennen, dann müssen wir richtigerweise, wenn wir Energie unsern Mitbürgern bieten wollen, dann darauf setzen, wenn es um erneuerbare und um saubere Energie geht. Und daher sind wir uneingeschränkt und zwar raschest für das Murkraftwerk, weil solche Projekte Windräder, Wasserkraftwerke eine europäische, eine österreichische Antwort sein können auf das, was uns in Japan ins Haus gestanden ist und uns ins Haus steht. Und weil es ein Schritt hin ist zu einer Energieautarkie in Österreich, wo wir selbst unsere Energiepolitik bestimmen und uns nicht von einem Herrn Putin diktieren lassen, wie die Gaspreise in unserem Land ausschauen. Und daher gibt es ein uneingeschränktes Ja zu diesen Murkraftwerken und sämtliche Gutachten, deswegen auch unsere Zustimmung zu diesem Antrag, sämtliche Gutachten besagen ja auch, dass die Mur in diesem Bereich mit Verlaub gesagt, schon längst nicht mehr dem natürlichen Flusslauf vor 150 Jahren entspricht und der daher vom Arbeiterfischerverein und deren Obmann Herrn Kräuter eingesetzte Huchen, künstlich eingesetzte Huchen, ja nicht, der künstlich eingesetzt Huchen, der jetzt nicht dazu führen kann, dass wir hier in Graz den Naturschutz über einen künstlich eingesetzten Fisch insofern gelten lassen, dass wir lebensnotwendige Projekte der Energie hier hintanstellen. Daher ersuche ich Sie, beiden Anträgen zuzustimmen, ich glaube nicht, dass die ÖVP hier vordergründig handelt, sondern ich glaube, dass die ÖVP zumindest in ihrem Antrag hier das gleiche Zeitfenster sieht, wie viele andere auch. Aufgrund der Sensibilisierung einer tragischen Maßnahme endlich eine Energiewende auch in Österreich herbeizuführen, das würde ich mir von vielen ÖVPlern wünschen, auch von Herrn Schüssel, der Aufsichtsrat des größten deutschen Atomkonzerns ist und im österreichischen Parlament schändlich Lobbying für Atomkraft macht. Wenn alle so handeln täten wie der Grazer Gemeinderat, dann würde vielleicht die Welt ein wenig besser aussehen. Ich danke Ihnen (*Applaus Teile ÖVP und BZÖ*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir, die FPÖ, werden beiden Anträgen die Dringlichkeit sowieso, aber auch die inhaltliche Zustimmung geben. Ganz interessant, Kollege Grosz hier, wieder weg, wieder hier, gegen das Murkraftwerk, jetzt wieder für das Murkraftwerk. Der Wahlkampf beginnt offenbar, aber nichtsdestotrotz das Thema ist zu ernst, um da Späße drüber zu machen. Wir bekennen uns eindeutig dafür, gegen Atomstrom zu sein und wir sind für das Murkraftwerk und deshalb Unterstützung für beide Anträge (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bewegung, die Anti-Atom-Bewegung verfolgt mich persönlich seit meiner Jugend. Sie wissen, dass ich in Deutschland geboren und aufgewachsen bin, wo schon längst vor der Zeit, wo in Österreich darüber diskutiert worden ist über das AKW, also Nordrhein-Westfalen, über Brokdorf, über die vermeintliche Endlagerstätte in Gorleben etc. diskutiert, demonstriert, politisiert worden ist, das waren meine ersten wesentlichen politischen Jugenderlebnisse und ich war daher sehr froh, ich war selber noch nicht stimmberechtigt, als im Jahre 1978 in Österreich diese Volksabstimmung knapp gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf ausgegangen ist. Für mich ist das einfach eine klare Linie, dass man trotz Einsatz von Hochtechnologie, trotz Einsatz von verschiedensten Sicherheitssystemen hier Risiken eingeht, die einfach so viele Menschen betreffen können, die damit für mich in gewisser Weise unverantwortlich zu nennen sind. Ich möchte aber auch ganz darauf hinweisen, dass manche hier in diesem Saal auch wissen sollen und es ja auch gemerkt haben, dass ich seit meiner Tätigkeit 2008 hier im Gemeinderat immer für die Wasserkraft eingetreten bin, es hat von mir bereits im Juni 2008 einen dementsprechenden Antrag: „Ja zu neuen Wasserkraftwerken südlich der Mur“ gegeben, damals noch unter der FPÖ, ich habe diese Linie auch seinerzeit gegen die Meinung des Gerald Grosz auch beim BZÖ verfolgt und ich bin natürlich als unabhängiger Gemeinderat weiterhin dieser Linie treu und ich möchte sagen,

manche hier im Magistrat haben so ein sogenanntes Not-Invented-Here-Syndrom, nämlich mein Antrag aus dem Juni 2008 wurde damals abschlägig vom Umweltamt entsprechend beantwortet so nach dem Motto, was wollen Sie mit der Wasserkraft für Wärmegewinnung, für die Heizung von Haushalten, genau das Gegenteil ist der Fall, wir brauchen sie zu jeder Tages- und Nachtzeit. Und ich möchte auch besonders darauf hinweisen, dass vieles von dem noch nicht drinnen ist in den Anträgen, die ebenfalls wichtig sind. Die Wärmedämmung ist nicht angesprochen, wir haben auch nicht angesprochen den sozialen Aspekt, wir haben einen immer höheren Anteil älterer und alter Menschen in Graz, die zwar förderfähig sind seitens der Gebietskörperschaften, aber keine Möglichkeit haben, am privaten Kreditmarkt aufgrund ihres Alters entsprechende Kredite zu bekommen, das sind Themen, mit denen müssen wir uns behandeln und ich reiche Ihnen allen von den Fraktionen die Hände und denke, dass es notwendig wäre, hier für das Thema Energiewende, und alles was damit im Zusammenhang steht, wirklich einen eigenen Arbeitskreis zu bilden, um hier gemeinsam wirklich nach vorne zu kommen. Ich werde beiden dringlichen Anträgen heute, weil die Intention ist weitestgehend identisch, meine Zustimmung vom Herzen her geben. Danke sehr.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich erlaube mir, auch selbst zu diesem Thema das Wort zu ergreifen, ich habe einige Wortmeldungen auch danach vorliegen. Bei meinem Antrag geht es um ein sehr, sehr deutliches Zeichen der Stadt Graz auch in Richtung verantwortlicher Politikerinnen und Politiker im In- und Ausland, möglichst uns eine solche Katastrophe mit den besten Präventionsmitteln, nämlich dem Stilllegen von Atomkraftwerken rund um uns einzufordern und dabei unterstützt zu werden. Ich denke mir, dass es auch gut ist, dass es Persönlichkeiten in Österreich gibt, dazu gehört auch Wolfgang Schüssel, der die Möglichkeit hat unmittelbar, sei es in einem Unternehmen, aber auch über

Gremien und Atombehörden, die wir haben, unsere Position Österreichs zu vertreten und einzubringen.

Zwischenruf GR. Grosz: Tut er aber nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir kleben in einer sehr verlogenen Welt, wenn es um Energiepolitik geht und wir leben in einem beinharten und gnadenlosen Wettbewerb. An die Adresse der KPÖ gerichtet, auch an dich ohne persönliche Beleidigung, aber es war für mich fast unerträglich, dass ausgerechnet eine kommunistische Regierung zu dem Zeitpunkt, als dieser Unfall bekannt wurde, als Erstes hinausgegangen ist und gesagt hat, wir werden unseren Atombau voll vorantreiben. Das war, wenn ich so sagen darf, und sogar verachtlichen. Es ist eine kommunistische Regierung und deswegen würde ich sehr aufpassen mit dem Wort, was heuchlerisch ist und was nicht ist. Man kann auch einwirken als Kommunist bei kommunistischen Regierungen, kann ich einmal empfehlen (*Applaus ÖVP und BZÖ*). Zweite Geschichte, und die ist jetzt wesentlich wichtiger, wir haben als Volkspartei heute einen Vorstoß gewagt, wo wir selbst daran gemessen werden, ob uns die Gier oder ein echtes Anliegen gegen Atomenergie wichtiger ist. Da steht nämlich drauf, dass wir einmal nachschauen sollten, ob wir unseren eigenen Energiebedarf der Stadt Graz und unserer Betriebe einmal möglichst vom Atomstrom befreien sollen. Darüber hinaus haben wir auch vor, die Menschen in dieser Stadt zu bewegen zu sagen, nein, ich nehme nicht immer den billigsten Strom. Wenn ich immer den billigsten Strom nehme, kann ich davon ausgehen, dass ich Atomstrom konsumiere. Ich möchte Ihnen jetzt sagen, wie viel Atomstrom in unserer Stadt Graz verwendet wird...

Zwischenruf GR. Grosz: 25 %.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...keine unwesentliche Zahl. Der genaue Mix, und ich kann jetzt nur für unser eigenes Unternehmen sprechen, nicht das was ESTAG und Franz etc. versorgen, das was über unsere Energie Graz versorgt wird, hat im Gesamtbereich im Versorgermix 17,98 % Atomstrom, also rund 18 % des in Graz verbrauchten Stromes ist Atomstrom, geht aus dem Mix hervor. Wenn man also möchte, dass wir jenen Strombedarf, den wir und unsere Beteiligungen brauchen, umstellen wollen, dann wird uns das etwas kosten. Das wird uns umgerechnet zwischen 50.000 und 100.000 Euro kosten, die Stadt Graz braucht ungefähr 50 Gigawattstunden pro Jahr und es ist ja leider so, dass wir aus Österreich diesen alternativen Strom, den wir suchen, nicht einbeziehen können, dass die Zertifikate vergriffen sind aufgrund der Ereignisse der letzten Tage, auch zwischen einem und zwei Euro schon gehandelt werden, das heißt, wenn bei 50 Gigawattstunden zukaufen, dann wird je nach Preis, den man am Zertifikat erzielen kann international, uns das in etwa 50.000 bis 100.000 Euro jährlich an Energiekosten für uns mehr bedeuten. Wenn wir es für das gesamte Stadtgebiet von Graz rechnen, also wenn es uns gelingen sollte zu sagen, die Energie Graz ist Anbieter, wo kein Atomstrom mehr drinnen ist, dann bedeutet das in etwa 600 Gigawattstunden, einige werden wahrscheinlich wegfallen, aber wenn man rund mit 500 rechnet, man kann sagen, eine solche Umstellung würde den Grazerinnen und Grazern und uns auch gemeinsam rund eine Million Euro kosten. Eine Million Euro und es würde kein Atomstrom mehr in Graz gebraucht werden. Ist vielleicht eine nicht unwesentliche Zahl. Zum Thema Murkraftwerk kann ich nur noch einmal sagen, dass mir heute auch 30.000 Unterschriften quasi überreicht wurden, die Gruppe, die bei mir im Rathaus war, hat mir quasi eine Liste übergeben, die ist auch einsichtig im Internet, bei den meisten steht keine Adresse dabei, möchte ich auch einmal dazu sagen, also ich kann gar nicht nachvollziehen, ob es sich um Grazerinnen und Grazer handelt, der Tiroler Sprecher der Gruppe hat mir heute also diese Unterschriften übergeben, ich habe sie übernommen und klar dazu gesagt, sie werden auch schon

wieder an die falsche Adresse überreicht. Der Verbund und die Energie Steiermark errichten ein Kraftwerk, wir werden aufgrund dieses Antrages ja auch noch prüfen, nach dem 13. Mai, bitte gleich freihalten, am 13. Mai haben wir diese Murkraft-Enquete. Ich möchte danach auch zusammenfassen, was in der Mur-Enquete von Befürwortern und Gegnern des Murkraftwerks gesagt wird, ich werde mich, und das habe ich vom Beginn weg gesagt, auch als Murkraftwerkbefürworter dafür einsetzen, dass das Bestmögliche getan wird, um die Sorgen von Naturschutzorganisationen zu berücksichtigen und nicht nur in Form von Zusagen, die nachher nicht halten, sondern in möglichst verbindlichen Zusagen, die ich versuche zu erreichen, ich glaube, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt. Dann sollte man einmal schnell sagen, ob die Stadt Graz unterstützend oder nicht unterstützend wirkt, dann wird es durch die Umweltverträglichkeitsprüfung des Landes gehen, dann ist es ein Bauverfahren wie jedes andere, wir haben da weniger Mitspracherecht als manche glauben. Ich persönlich bin aber auch der festen Überzeugung, weil man sieht, dass man sogar Zertifikate aus dem Ausland braucht, weil man sieht, dass wir nicht genügend Alternativen im Sinne von nachhaltigen und ökologischen Stromangeboten in Österreich haben, auch in Graz noch dieses Kraftwerk zu errichten, aber das ist unsere Meinung, ich verstehe auch, dass es andere Meinungen gibt. Ich wollte nur noch einmal andeuten, dass es, wenn wir umstellen, uns auch einiges kosten wird und da werden wir dann auch einmal, zumindest beim Budget, dann darüber zu beratschlagen haben, aber die Größenordnung nur für uns würde in etwa 50.000 bis 10.000 Euro betragen für das ganze Stadtgebiet, wenn man es zusammenrechnet fast eine Million Euro, da wird dann die Frage sein, verzichten wir auf Deckungsbeiträge, weil wir es gar nicht mehr anbieten, dann bieten wir es gar nicht mehr an, der Deckungsbeitrag im Übrigen, den wir jetzt erwirtschaften aus dem Bereich Stromenergie in der Stadt Graz, beträgt zur Zeit 650.000 Euro. Also wenn wir jetzt sagen, wir bieten nur mehr alternative atomstromfreie Angebote an, dann ist de facto kaum mehr ein Deckungsbeitrag gegeben, es sei denn, die Grazerinnen und Grazer und auch darüber hinaus nehmen das vermehrt in Anspruch. Ich habe auch mit unseren Verantwortlichen in der Energie Graz schon gesprochen, nämlich einmal

sich klar zu deklarieren, das findet in vielen Bereichen statt. Die Landwirtschaft sagt, wir sind Biobauern, wir verwenden keine Gen-Produkte, wir haben das bei den Bioläden und, und, und. Ich glaube, dass es auch ein Marktvorteil sein kann, sich ganz klar als Energieunternehmer zu positionieren und zu sagen, wer bei uns einkauft, kann sicher sein, auch aufgrund dessen, was wir jetzt gesehen haben, dass wir atomstromfreien Strom beziehen und das sollte das Ziel dieses Antrages sein (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Eingehend möchte ich sagen, dass im Vorfeld die Diskussionen um diesen Antrag und seine Zulässigkeit eine sehr unangenehme Erscheinung sind und dass es ein generelles Problem ist, das dringend in einer Klubobleutekonferenz zu klären sein wird, weil das immer wieder verschiedene dringliche Anträge betrifft und hier keine Klarheit herrscht. Zu den Anträgen selbst, besonders zum Antrag von der ÖVP, selbstverständlich ist das Motiv höchst durchschaubar, die Verknüpfung eines Atomkraftwerks mit einem mini-, minikleinen Murkraftwerk. Wir haben über diesen Antrag selbstverständlich lange diskutiert, ich muss Ihnen die Haltung der Grünen nicht darstellen, wir kämpfen seit Jahrzehnten gegen Atomkraft und für Energieeffizienz. Wir haben uns intensiv mit dem Problem der Endlagerung und den Endlagerstätten auseinandergesetzt, es ist bekannt, dass wir uns europaweit gegen neue Atomkraftwerke einsetzen. Ich selbst habe bei Global 2000 gearbeitet und dort ein Projekt gegründet zur Hilfe für Tschernobyl-Kinder, das Projekt, damals mit Help-TV initiiert, existiert nach wie vor. Am 12.4. gibt es dazu eine Veranstaltung in Graz auf der Uni, ich würde mich freuen, wenn Sie dorthin kommen und ich habe auch im Gemeinderat, und zwar im April 2009, einen Antrag eingebracht, da ist es um die Ökologisierung der Grazer Strombeschaffung gegangen und damals habe ich gefordert, dass nicht das Billigstprinzip gelten darf, sondern dass ökologische Kriterien einbezogen werden müssen, damit wir den Atomstromanteil reduzieren. Mich freut es natürlich sehr, dass die ÖVP zwei Jahre danach auch zu dem

Punkt gekommen ist, es freut mich umso mehr als, und das sage ich jetzt absichtlich, die Atomparteien ÖVP und SPÖ in den letzten Jahrzehnten die Antiatompolitik zu Grabe getragen haben, ich kann Ihnen da viele Beispiele nennen. Zum Beispiel den Abschluss des Melk-Abkommens, das uns jegliche Möglichkeit genommen hat, auf EU-Ebene aktiv zu sein. Die Entsorgung der Antiatompolitik in bilateralen Informationsabkommen, die vollkommen wirkungslos sind, ein Umweltminister Berlakovich, der Informationen unterdrückt und die Teilnehmer von bilateralen Verhandlungen zur Unterzeichnung von Geheimhaltungsabkommen zwingt. Der Grund ist ganz klar, in der Slowakei wird ein Atomkraftwerk gebaut, das über keine Schutzhülle, das über kein Containment verfügt, so wie Fukushima, das soll die österreichische Bevölkerung natürlich nicht erfahren. Wir haben einen Ex-Bundeskanzler Gusenbauer, der im Aufsichtsrat der Strabag sitzt, beteiligt am Bau der neuen Blöcke im AKW Mohovce, wie gesagt, ohne Schutzhülle, wir haben einen Ex-Bundeskanzler Schüssel, der im Aufsichtsrat der RWE sitzt, dem aggressivsten deutschen Atomkonzern, und zu all dem liegen im Parlament in Wien bereits liegen Unterlagen vor für einen Untersuchungsausschuss, der sich im Zusammenhang mit der Tätigkeit der beiden Politiker Schüssel und Gusenbauer und dem Zusammenhang mit der Entsorgung der Anti-Atom-Politik auf Bundesebene beschäftigt. Das muss aufgeklärt werden, wir müssen einen Neuanfang finden in der Anti-Atom-Politik, das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und ich hoffe, dass alle steirischen Nationalratsabgeordneten diesem Untersuchungsausschuss zustimmen werden. Zur Frage Ökostrom und Zertifikate, ich habe mir erlaubt, mit der Öko-Strom-AG, die 100 % atomstromfrei ist, Kontakt aufzunehmen und nachzufragen, wie schwierig das wirklich ist mit den Zertifikaten. Die Auskunft dort war, es gibt in Österreich tausende Lieferanten, es ist selbstverständlich so, dass man sich darum kümmern muss, diese Zertifikate zu bekommen und es ist ein bisschen Arbeit, aber es ist durchaus möglich, diesen Ausstieg aus Atomkraft zu schaffen, es ist auch für die Energie Graz möglich. Wir haben dann letztlich beschlossen, diesem Antrag, der, wie Ihnen sicher nicht entgangen ist, geändert wurde seit gestern, deshalb zuzustimmen, weil es uns um eine Prüfung dessen geht, was mit einem Einsparkraftwerk, was mit Fotovoltaik, was

man mit der heimischen Solarenergie erreichen könnte. Wir sind davon überzeugt, dass die Alternative zu Atomstrom nicht der forcierte Ausbau der Wasserkraft ist, die Alternative zu Atomstrom heißt Energieeffizienz und ich bitte Sie, das endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass wir in Graz ein Einsparkraftwerk realisieren wollen und nicht weiter am Gängelband der Energieversorger Kraftwerksprojekte realisieren wollen (*Applaus Grüne*). Und wir haben diesem Antrag auch deshalb zugestimmt, weil nun endlich diese Mur-Enquete stattfinden wird, die wir selbstverständlich sehr begrüßen, weil es hat in den letzten Monaten der Dialog, die offene Information gefehlt und wir hoffen, dass sie dort stattfindet und die Grazer Bevölkerung sich ein Bild machen kann, und wir werden beiden Anträgen zustimmen (*Applaus Grüne*).

StR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht die Stunde, um politisches Kleingeld zu wechseln angesichts der dramatischen Vorfälle, der Katastrophe die 10.000 Menschen auf den japanischen Inseln trifft und die vor allem auch das große 35-Millionen-Bevölkerungsgebiet von Tokio, Groß-Tokio treffen könnte, wenn die Winde so wehen, dass sie in die Betroffenheit der radioaktiven Wolke kommen. Herbert Grönemeyer hat bei der Präsentation vor wenigen Tagen seiner neuen CD gemeint, was ist das für eine perverse Welt, wo wir seit Jahrzehnten unseren Wohlstand und vor allem der Industriestaaten West wie Ost, Süd wie Nord darauf gründen, dass wir den Wohlstand auf einer Technik gründen, die wir weder beherrschen noch beherrschen können und für die wir nicht einmal mit den Abfallprodukten ein Endlager haben, wie der Bürgermeister schon vorhin erwähnt hat. Das ist wahrlich eine perverse Welt, und seitdem ich politisch tätig bin, war ich neben meiner Tätigkeit in der SPÖ vor allem in der Anti-Zwentendorf-Bewegung. Ich kann mich noch erinnern mit meinen Freunden, dem ehemaligen Gemeinderatskollegen Univ.-Prof. Walter Papousek und dem verstorbenen Prof. Manfred Heindler, wir haben damals schon gewusst, welche Gefahren auf uns zukommen, wir haben ein kleines Scherflein dazu beigetragen, dass die Stimmung

damals nicht zugunsten des damals regierenden Bundeskanzler gelaufen ist, sondern für eine Entscheidung zum Wohle Österreichs und der österreichischen Bevölkerung. Dennoch stehen wir natürlich nicht an zu erklären, dass sukzessive und wenn möglich so rasch als möglich und in Verhandlungen grenzüberschreitend die grenznahen Atomkraftwerke an österreichischen Grenzen zu schließen sein werden. Darunter natürlich auch das 1975 zu bauen begonnene und 1981 ans Netz gegangene erste jugoslawische Kernkraftwerk, das von Slowenien und der kroatischen Teilrepublik betrieben wird und genutzt wird, nämlich in Krsko. Ich bedanke mich auch, dass der Bürgermeister inzwischen auch entsprechende Briefe an die betroffenen Bürgermeister in den beiden Landeshauptstädten geschrieben hat, es geht um eine rasche Schließung, und wir als SPÖ Graz sind natürlich für eine solche Vorgehensweise. Ich begrüße auch, wenn nicht der Gemeinderat der zweitgrößten Stadt Österreichs in diesen Stunden gerechtfertigterweise sich des Themas annimmt, wer sonst? Ich begrüße deshalb die Initiative, wir begrüßen die Initiative des BZÖ in dem dringlichen Antrag, ich rede nicht von Selbstüberschätzung, dass wir gleich die Schließung erreichen werden, aber wir sollten sie ansprechen und auch entsprechend die ministeriellen Stellen und die auf europäischer Ebene durchaus miteinbeziehen, denn ich finde, das, was Bundeskanzlerin Merkel gemacht hat sicher auch unter Mitdruck der nahenden Landtagswahlen, sage ich auch noch als Nebeneffekt, aber sieben Atomkraftwerke vom Netz nehmen zu lassen, darunter auch in Baden-Württemberg und in Bayern, stimmt mich hoffnungsvoll, dass auch ein deutsches Umdenken vorhanden ist und das auch auf die umliegenden EU-Staaten, Anrainerstaaten Österreichs, Wirksamkeit haben wird. Ich schlage deshalb vor, eine getrennte Abstimmung zum BZÖ-Dringlichen, wir werden dem Punkt 1 unsere Zustimmung geben, dem Punkt, das ist eh eine Selbstverständlichkeit, weil die österreichische Bundesregierung sich mehrmals und das Parlament sich deutlich und immer wieder wiederholt klipp und klar gegen die Kernenergie ausgesprochen hat, dazu sind wir auch gesetzlich verpflichtet in Österreich laut Gesetzeslage, beim Punkt 3 haben wir natürlich, bitte ich um Verständnis, dass wir geprüft haben, ein entsprechender Antrag war von der KPÖ schon im März 2010, den wir ablehnend

beschieden haben, der Euro-Atomvertrag besagt nicht, dass damit die Atomkraft unterstützt wird, unserer Interpretation nach und unserer Information der Verfassungsjuristen gemäß. Vielmehr geht es um Mitsprache Österreichs und um Mitreden und um Mitargumente einzubringen für die Nichtigkeit der Atomkraft. Euratom ist auch einer der EU-Grundverträge und wir werden beim Punkt 3 dagegen stimmen, beim Punkt 4 werden wir ja sagen. Was den dringlichen Antrag der ÖVP betrifft, so sehe ich dies als durchaus akzeptable Vorgehensweise, nicht als Alternative zu atomfrei, dann das Murkraftwerk, auch ich und wir setzen auf Energieeffizienz und Solar und etc., aber ich halte das für durchaus praktikabel, prüfen zu lassen in einer Erhebung, ob eine direkte Beteiligung der Stadt Graz in der Errichtung der Murkraftwerke sinnvoll erscheint. Das scheint mir eine überprüfenswerte Geschichte zu sein, wobei ich die Argumente pro und kontra bei der Mur-Enquete noch einmal aufeinanderprallen sehen möchte und alle Argumente auch der Gegner, die SPÖ Graz hat sich entschieden, eine Befürwortung des Murkraftwerkes einzutreten, wir achten und schätzen aber die Gegenargumente genauso hoch ein und wir lassen uns gerne auch noch überzeugen, aber ich bin auch dafür, dass wir dem dringlichen Antrag der ÖVP unsere Zustimmung geben werden, dass dem Gemeinderat eine Vorlage gegeben wird zur Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung und dass wir dann eine richtungweisende Mehrheitsentscheidung hier im Gemeinderat treffen. In dem Sinne sagen wir ja zu beiden Dringlichen, mit Ausnahme beim BZÖ beim Punkt 3, bitte um getrennte Abstimmung und dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte Ihre vorher getätigte Aussage hier nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen. Wir als KPÖ Graz, das können Sie mir glauben, haben keinen Einfluss auf die KPÖ Chinas. Die Politik, die in China betrieben wird, auch was die Atomkraftpolitik betrifft, ist nicht unsere Politik hier, im Gegensatz zur ÖVP hat sich die KPÖ von Anfang an gegen Atomkraftwerke in

Österreich ausgesprochen, wenn es nach ÖVP und SPÖ gehen würde, wenn wir in die Vergangenheit zurückblicken, würden wir heute Zwentendorf in Betrieb haben, das möchte ich hier nur anmerken. Ich, beziehungsweise wir als KPÖ, machen auch Ihnen keinen Vorwurf, wenn von Ihnen befreundete Parteien im Ausland, in Amerika oder in Frankreich eine Politik betreiben, die machen wir auch Ihnen nicht zum Vorwurf, das möchte ich hier gesagt haben. Zum Thema Murkraftwerk ist eines zu sagen, können Sie garantieren, wenn dieses Murkraftwerk gebaut wird, dass dann in Graz kein Atomstrom mehr fließt, wohin geht dieser Strom, dieser Ökostrom? Wir wissen, dass der Verbund den Ökostrom teuer nach Deutschland verkauft und wir aus Deutschland den Atomstrom beziehen, also es ist keine Garantie, wenn das Murkraftwerk gebaut wird, dass Graz eine atomstromfreie Zone wird. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, unmittelbare Antwort, deswegen gibt es den Prüfantrag, mal nachzuschauen, ob eine Beteiligung der Stadt Graz an Wasserkraftwerken möglich ist, weil dann habe ich die Möglichkeit, den Strom, den wir verbrauchen, unmittelbar dort zu beziehen. Im Moment haben wir keine Energiequellen, die wir selbst betreiben, das heißt, wir sind auf den Handelsmarkt angewiesen, da können wir einmal energieautark dafür sorgen, dass der Strom, den wir hier brauchen, auch von uns abgenommen wird und wenn das jeder macht, dann werden ein paar Atomriesen eines Tages auch auf ihrem Strom vielleicht wieder sitzen bleiben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Hauptrednerin Andrea Pavlovec-Meixner hat alles Wesentliche gesagt, daher möchte ich mich wirklich auf den Zusatzantrag begrenzen. Der Zusatzantrag richtet

sich an den dringlichen Antrag des BZÖ, weil uns hier eine wichtige Ebene noch fehlt, und zwar die EU-Ebene, und der Antrag lautet: Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, im Sinne des Antrags ein dringliches Schreiben an alle österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament mit der Aufforderung zu richten, sich im Sinne des Ausstiegs aus der Nutzung der Atomenergie in Europa mit aller Kraft einzusetzen. Weiters sollen die Abgeordneten sich dafür einsetzen, dass die EU die Forschung für erneuerbare Energie und Energieeffizienz mit aller Kraft vorantreibt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Kraxner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen von meiner Kollegin Sissi Potzinger und in meinem Namen darf ich mich für die breite Unterstützung bei diesem Antrag bedanken. Danke auch für die Initiativen von Seiten dir, Siegfried Nagl, Richtung deines Amtskollegen in Marburg und Richtung des Herrn Botschafters, danke für die mit einer Ausnahme sehr fair geführte Diskussion und ich möchte festhalten, ich bin kein Atomexperte, lieber Andreas Fabisch, ich schätze dich in deiner politischen Arbeit sehr, wie du weißt, aber diesen Gemeinderatsantrag als, wie hast du gesagt, ihn als geschmacklos und scheinheilig zu bezeichnen, muss ich ganz ehrlich sagen, das trifft mich sehr. Ich habe in den letzten Jahren als Bezirksvorsteher drei Mal Kinder aus Tschernobyl zu Besuch gehabt im Bezirk Jakomini in Zusammenhang mit einer Gemeinde in der Obersteiermark, ich habe dieses Leid dort sehen können, wie schlecht es diesen Kindern geht, und dass du uns dann unterstellst, dass wir mit einer ganz positiv gemeinten Initiative hier irgendwie politisches Kleingeld wechseln wollen, das schockiert mich von dir. Aber, ich kann nichts machen.

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Bei Euratom warst du still.

GR. **Kraxner**: Entschuldige, darf mich auch gleich zum Antrag des BZÖ äußern. Im Namen des ÖVP-Gemeinderats-Clubs stimmen wir natürlich den Punkten, bis auf den Punkt 3, zu und darf mich bedanken (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Grosz: Fadenscheinig.

GR. **Schröck**: Verehrte Damen und Herren! Zuerst eine kurze Replik zu Gemeinderat Hötzl, dem ich sagen muss, er hat sich in seiner Wortmeldung leider als wenig flexibel erwiesen, sie war wahrscheinlich vorbereitet. Denn Kollege Grosz hat ja gesagt, warum er beim Thema Wasserkraft umgedacht hat und, Kollege Hötzl, lebendige Politik bedeutet auch, einmal Meinungen zu revidieren und sich auch dazu zu bekennen und dazu zu stehen, aber ich nehme an, dass die Fastenzeit sich hier auch teilweise in geistiger Askese niederschlägt. Zum Herrn Bürgermeister, Ihre Heldenverehrung des Wolfgang Schüssel in Ehren, ich darf Sie aber daran erinnern, dass es der verstorbene Landeshauptmann Jörg Haider war, der damals den EU-Beitritt unserer östlichen Nachbarn an einen Ausstieg aus der Atompolitik und die Abschaltung jener gefährlichen Schrottreaktoren koppeln wollte und wer das verhinderte, war ihr Bundeskanzler Schüssel und da schließt sich nämlich auch heute wieder der Kreis, denn dieser Herr Schüssel war es nämlich auch, der wesentlich dafür steht, dass wir auch heute noch....

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schröck**: ...da hat er wenigstens ein bisschen was lernen können, wenn er mit dem Jörg Haider ein bisschen Auto gefahren ist. Und dass wir heute auch noch 40 Millionen Euro jährlich in eine Organisation pumpen, ich finde es gar nicht witzig, Kollege Hohensinner, wenn du solche Assoziationen herstellst, ist das ein Zeichen dafür, wie du denken magst. Ich denke so nicht, aber Schüssel steht für eine Organisation, in die wir auch heute noch 40 Millionen Euro jährlich pumpen und die nichts anderes ist als eine versteckte Atomlobby und wir damit auch noch solche schrottreife Reaktoren mitfinanzieren, gegen die wir heute hier auftreten, und deswegen sage ich auch zu Seiten der ÖVP und der SPÖ, entweder ganz oder gar nicht, halbschwanger gibt es in diesem Fall nicht, ehrlich wäre und konsequent wäre auch in diesem Punkt, Zustimmung zu geben, denn so ist das Engagement Ihrerseits an dieser Seite leider nur wieder ein mediales Lippenbekenntnis. Danke (*Applaus BZÖ*).

Der dringliche Antrag der ÖVP wurde mit Mehrheit angenommen.

Der dringliche Antrag des BZÖ im Punkt 3 wurde mit Mehrheit abgelehnt, die Punkte 1, 2 und 4 wurden einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Binder wurde einstimmig angenommen.

2) Aufnahme der kostenlosen Ultraschalluntersuchung beim/bei der Gynäkologen/in in das gesundheitliche Vorsorgeprogramm

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt namens von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Monat März stand und steht im Zeichen des 100. Internationalen Frauentages. Ob das Grund zur Freude ist, wage ich zu bezweifeln – denn dass Frauen seit einem Jahrhundert um Gleichbehandlung, gegen Benachteiligungen und um ihre Rechte kämpfen müssen, gibt zu denken. Natürlich: Viel wurde erreicht in diesem einen Jahrhundert – aber, um Anlehnung an ein geflügeltes Wort aus der Werbebranche zu nehmen, es gibt immer noch viel zu tun.

Beispielsweise im Gesundheitsbereich: Denn dass ASVG-versicherte Frauen im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung bei der Gynäkologin oder beim Gynäkologen für die Ultraschalluntersuchung selbst bezahlen müssen, ist schlicht und einfach unverständlich.

Bis zu 35 Euro kostet diese Untersuchung, die eigentlich als unverzichtbar gilt, da die rechtzeitige Früherkennung von Unterleibserkrankungen vor chronischen Folgen, die bekanntlich bis zum Tod führen können, schützt. Abgesehen davon, dass eine solche Früherkennung selbstverständlich auch Folgekosten für das gesamte Gesundheitssystem reduzieren helfen könnte, ist vor allem zu bedenken, wie viel späteres Leid vielen betroffenen Frauen und deren Familien erspart würde, wenn diese Ultraschalluntersuchung als Teil der regelmäßigen Vorsorgeuntersuchung für die Patientinnen kostenlos angeboten würde. Denn nicht jede Frau kann sich diese 35 Euro leisten - ich denke etwa an die Empfängerinnen der Mindestsicherung, die auch ASVG-versichert sind. Zumal, und auch das ist ja hinlänglich bekannt, vor allem sozial schwächer gestellte Frauen ohnehin weniger häufig die Frauenärztin oder den Frauenarzt aufsuchen. Umso wichtiger wäre es, gerade im Bereich Gesundheit und Gesundheitsvorsorge alles zu unternehmen, einer Zweiklassengesellschaft entgegenzuwirken und Hürden abzubauen.

Daher stelle ich namens der SPÖ-, ÖVP-, Grünen und KPÖ Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichtes in einer Petition die Bundesregierung auffordern, die kostenlose Ultraschalluntersuchung bei der Gynäkologin/beim Gynäkologen in die Vorsorgeuntersuchung aufzunehmen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Sehr geehrte Kollegin Sprachmann, liebe Kollegen! Dieses Thema gilt es näher inhaltlich ein bisschen zu hinterfragen, wenn wir immer drauf schauen müssen auf die sogenannte Sensitivität, das heißt, wenn man eine Maßnahme, eine Therapie, hier ein diagnostisches Verfahren vorschlägt, gilt es zu untersuchen, wie hoch die Wirksamkeit ist, ganz spezielle Krankheiten zu erkennen. Das ist leider aus dem Antrag nur unzureichend aus meiner Sicht hinsichtlich der Präzision, welche Krankheiten wirklich diagnostiziert werden sollen und auch die entsprechenden evidenzbasierten Methoden, nicht ausreichend dargebracht. Ich möchte es an einigen Beispielen nämlich näher erläutern. Wenn wir vom Gebärmutterhalskrebs sprechen, dann wäre genau dieses Verfahren eigentlich nicht das Zielführende, sondern da gibt es einen sogenannten PAP-Abstrich, der entsprechend diagnostisch entsprechende Aussage treffen könnte. Geht es um diesen Ovarialtumor, also auf Deutsch Eierstocktumor, so sieht man mit dieser Maßnahme eigentlich das Ergebnis relativ spät, das heißt, im fortgesetzten Stadium, und ist daher in vielen Fällen als reine Krebsvorsorge nicht geeignet, sondern nur im speziellen Fall bei Verdacht sinnvoll zur Anwendung zu bringen. Sehr wohl kann man

aber hier einige Dinge an der Wand der Gebärmutter sehr wohl erkennen, man kann auch große Zysten mit diesem Verfahren sehen. In diesem Zusammenhang sollte man aber durchaus auch ergänzend überlegen, ob die Tarifgestaltung, die derzeit über die Gebietskrankenkasse abgerechnet wird, wirklich fair ist und man sollte auch darauf schauen, ob nicht mit diesen Maßnahmen wirklich nur eine Geräteamortisation, eine bessere Geräteauslastung erreicht ist, aber die Intention ist mir absolut ausreichend, um diesen Antrag hinlänglich und positiv zu unterstützen. Ich danke.

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Betreffend von deiner Wortmeldung, lieber Kollege Mariacher, ich möchte mich recht herzlich dafür bedanken, dass du dich tatsächlich mit der medizinischen Materie auseinandergesetzt hast...

Zwischenruf GRin. Binder: Der Herr Doktor für eh alles.

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: ...und de facto ein Spezialwissen auch im gynäkologischen Bereich entwickelt hast und damit auch zur Aufklärung hier im Gemeinderat beigetragen hast. Ich möchte mich bei allen hier in diesem Saal bedanken dafür, dass ihr auf den Antrag hinaufgegangen seid, ich bedanke mich bei allen für die breite Zustimmung, es war mir nämlich persönlich ein sehr großes Bedürfnis und ich möchte mich insbesondere für etwas bedanken, und zwar für die breite Frauensolidarität, die wir doch über die Parteigrenzen hinweg auch in den Klubs finden, betreffend von bestimmten Sachthemen. Dankesehr (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.10 Uhr den Vorsitz.

**4) Einführung einer Nahverkehrsabgabe zur Verbesserung der Finanzierung des ÖV
– Petition an den Steiermärkischen Landtag**

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Hoher Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um ein Thema, das uns schon länger beschäftigt, Finanzierung des Nahverkehrs ganz konkret, Einführung einer Nahverkehrsabgabe zur Verbesserung der Finanzierung des ÖV, eine Petition an den Steiermärkischen Landtag. Die folgende Petition beinhaltet sowohl soziale als auch ökologische Zielsetzungen – sozusagen ökosoziale Marktwirtschaft in Reinform und deswegen freut es mich sehr, dass auch die ÖVP schon gesagt hat, sie wird bei diesem Antrag mit dabei sein.

Ziel dieser Petition ist eine Verbesserung des ÖV-Angebotes, der leichtere Zugang zur sanften Mobilität für alle SteirerInnen und generell eine Verbesserung des Modal-Splits hin zur sanften Mobilität. Diese Forderungen sind generell wichtig und haben auch eine besondere Aktualität in Zeiten des Feinstaubs, der die Gesundheit aller GrazerInnen bedroht (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und darüber hinaus auch zu Strafzahlungen des Landes Steiermark an die EU führen kann. Jedenfalls sind Kürzungen der öffentlichen Mittel für den öffentlichen Personen-

Nahverkehr zurückzuweisen, vielmehr ist eine zusätzliche Nahverkehrsfinanzierung dringend geboten.

Qualitätvoller ÖV verursacht hohe Kosten, die teilweise aus den Erlösen des ÖV und teilweise natürlich auch aus öffentlichen Mitteln zu tragen sind. Um einen optimalen Einfluss auf den derzeit unerwünschten Modal-Split zu ermöglichen, bedarf es einerseits weiterer Angebotsverbesserungen, wie beispielsweise den Ausbau der Nachtbusse, Taktverdichtung, neue Straßenbahnlinien und vieles mehr. Diese wichtigen Angebotsverbesserungen finanzieren sich aber nicht selbst. Deshalb sind Investitionszuschüsse, wie sie von der Stadt Graz im Rahmen eines langfristigen Verkehrsfinanzungsvertrages geleistet werden, dringend notwendig und weiter auszubauen.

Andererseits können im ÖV auch nicht die vollen laufenden Kosten den NutzerInnen verrechnet werden. Neben einer allgemeinen Tarifstützung bedarf es auch ermäßigter Tarife für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Lehrlinge und Studierende, Familien, SeniorInnen, armutsgefährdete Personen, usw.)

Beide Zuschüsse der öffentlichen Hand, der Zuschuss zu den Investitionskosten und der Zuschuss zum laufenden Betrieb, sind daher auszuweiten. In Zeiten knapper öffentlicher Budgets ist diese Ausweitung aus den allgemeinen Budgets nicht gewährleistet, weshalb eine zweckgebundene Nahverkehrsabgabe dringend notwendig ist.

Wir ersuchen daher die zuständigen Stellen des Landes Steiermark, eine Nahverkehrsabgabe einzuführen und die Einnahmen zweckgebunden für eine Verbesserung des ÖV einzusetzen. Mit dieser Nahverkehrsabgabe sollte eine deutliche Verbesserung der öffentlichen Finanzierung des ÖV im Großraum Graz und in der ganzen Steiermark gewährleistet sein.

Aus Sicht der Stadt Graz darf mit dieser Nahverkehrsabgabe keinesfalls der Faktor Arbeit zusätzlich belastet werden. Eine weitere Belastung des Faktors Arbeit ist volkswirtschaftlich unsinnig und würde auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe einschränken.

Bei der Ausgestaltung der Nahverkehrsabgabe soll auf mehr Kostenwahrheit beim MIV geachtet werden. Wir beziehen uns mit dieser Forderung insbesondere auf die Ergebnisse einer Studie im Auftrag der ehemaligen Verkehrslandesrätin Christine Edlinger-Ploder („Mobilitätsabgaben zur Finanzierung von Nahverkehrssystemen“, erschienen im November 2009)

Deshalb stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen heran, steiermarkweit eine Nahverkehrsabgabe mit einem jährlichen Ertrag von rund 20 Millionen Euro einzuführen. Diese zusätzlichen Mittel sind sowohl für Angebotsverbesserungen als auch zur Teilfinanzierung des laufenden Betriebs des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen.

Als Besteuerungsgrundlage soll aus volkswirtschaftlichen Gründen keinesfalls der schon derzeit steuerlich hoch belastete Faktor Arbeit herangezogen werden, vielmehr soll auf allokativen Effizienz und soziale Ausgewogenheit geachtet werden. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. **Herper** zum Antrag: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Kolleginnen, Kollegen! Wir haben ja als SPÖ der Dringlichkeit zugestimmt, weil uns ja immer als Linie deutlich war, dass speziell im Hinblick auf Graz und seine Rolle im Zentralraum naturgemäß nur ein erhöhtes Maß an motorisiertem Individualverkehr abgefangen wird durch den Ausbau öffentlichen Verkehrs, und das ist unabdingbar. Dazu bedarf es natürlich auch finanzieller Mittel etwa in Form einer Nahverkehrsabgabe, wir haben im Jahr 2005 im Gemeinderat mit KPÖ und Grünen einen Antrag beschlossen, mit der Einführung einer Nahverkehrsabgabe der Unternehmer nach Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer einzuführen. 2006 haben wir uns auf Landesebene gemeinsam mit KPÖ und Grünen ebenfalls für eine solche Nahverkehrsabgabe ausgesprochen, damals war im Landtag die ÖVP dagegen. Also grundsätzlich gibt es bei uns keine Frage, kein Fackeln wegen der Nahverkehrsabgabe, mir ist oder uns ist nur der vage Inhalt, lieber Gerhard, ein Dorn im Auge, weil nicht ersichtlich ist mit deiner Argumentationslinie, wo die Besteuerungsgrundlage für die Kostenwahrheit liegen soll. Ist sie die Mobilitätsabgabe, die der Bürgermeister vor Wochen ins Spiel gebracht hat, ist es die City-Maut, ist es eine Senkung der PendlerInnenpauschale, ist es irgendeine Art von Parkplatzabgabe oder was ist eigentlich die Stoßrichtung? Und diese Unsicherheit bewegt uns zu der Ablehnung dieses inhaltlichen Antrages, weil nicht klar ist, wo wir hinwollen. Er ist so vage formuliert, dass er alles und nichts beinhaltet und eigentlich offen lässt, wo eigentlich der Finanzierungsschlüssel zu finden sein wird und nicht konkret ausgedrückt wird. Deswegen haben wir der Dringlichkeit zugestimmt, lehnen aber den Inhalt ab, weil er uns zu vage und zu undeutlich geworden ist (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die KPÖ Graz bekennt sich selbstverständlich zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, wir bekennen uns selbstverständlich zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und wir sind uns natürlich auch bewusst,

dass derartige Maßnahmen auch einer Finanzierungsgrundlage bedürfen. Die Nahverkehrsabgabe ist eine, möchte schon sagen, alte Forderung von uns, allerdings in einer etwas anderen Form und von daher möchte ich auch, und ich nehme an, das ist auch im Sinne des Kollegen Stadtrates Karl-Heinz Herper, stelle ich folgenden Abänderungsantrag:

Der zweite Absatz des Antrags wird durch folgende Formulierung ersetzt:

Diese Nahverkehrsabgabe soll (in Anlehnung an die Wiener U-Bahn-Steuer) von den Unternehmen eingehoben werden. Um Kleinstunternehmen zu entlasten, ist die Abgabe erst ab einer bestimmten Größe des Unternehmens (beispielsweise ab fünf Beschäftigten) zu leisten. Das bedeutet also, in Wien die U-Bahn-Steuer, dort ist es so, dass zehn Schilling beziehungsweise jetzt neuerdings 72 Cent pro Beschäftigtem, pro begonnener Arbeitswoche eingehoben werden, also verhältnismäßig ein geringer Betrag, dort gibt es dann auch noch bestimmte Freigrenzen, allerdings ist es dort so, dass man die dennoch zuerst bezahlen muss und erst dann am Ende des Jahres wieder per Antrag zurückfordern kann, und unser Vorschlag würde also von daher vorsehen, dass man das gleich von vorneherein sagt, dass Kleinstunternehmen davon befreit sind. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Gemeinderat, werter Antragsteller! Auch wir haben eine generelle Linie zur Nahverkehrsabgabe, die FPÖ ist hier dagegen, es ist eine weitere Belastung, das ist auch bei uns die Linie im Land. Es ist ganz klar, Stadtrat Herper hat es schon angesprochen, aus diesem Antrag geht auch nicht hervor, wie die Nahverkehrsabgabe eingehoben werden soll, es ist unklar, es verunsichert wieder Wirtschaftstreibende, aber auch die Konsumenten, die ja schlussendlich mit so einer Abgabe auch in Folge belastet werden. Es ist auch schlecht für den Standort Graz, manche Betriebe werden sich überlegen, dass sie in den Bezirk Graz-Umgebung umsiedeln und dann wird genau das Gegenteil bewirkt, es wird wieder mehr Feinstaub produziert, die Leute steigen erst recht wieder ins Auto und das

konterkariert eigentlich den Sinn dieser Abgabe. Wir wollen keine Belastung für die Wirtschaftsunternehmen und daher wird es mit der FPÖ auch keine Nahverkehrsabgabe geben (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Politik gegen den motorisierten Individualverkehr zieht sich heute in der gesamten Gemeinderatssitzung durch. Zuerst wird ein Ansuchen erstellt an das Land, dass die Strafen für den ruhenden Verkehr möglichst ausgeweitet werden durch Übertragung auf die Stadt Graz, das ist das Ziel, dann haben wir eine Bebauungsplanänderung, wo die Anzahl der Pkw-Abstellplätze verringert werden gegenüber dem ursprünglichen Bebauungsbeschluss, jetzt ist dieser Antrag der Nahverkehrsabgabe da, und ich habe mir das einmal näher angeschaut, bei rund 665.000 Pkw, die wir in der Steiermark haben, bedeuten diese 20 Millionen rund 30 Euro per anno, pro Autofahrer, pro Pkw, die als zusätzliche Kosten zu den eh schon belasteten Autofahrern durch exorbitant gestiegene Benzinpreise hinzukommen. Ich sehe das als unverantwortlich an und unverhältnismäßig und daher werden wir diesem Schritt in diese Richtung als unabhängiger Gemeinderat meine Absage erteilen.

GR. **Mayr**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss auf einige schon replizieren. Zunächst einmal, für uns in der ÖVP-Fraktion war es wichtig, hier diesen Diskussionsprozess zu eröffnen. Wir wissen genau, dass der zuständige Landesrat Kurzmann kein Interesse an einer Diskussion, aber natürlich auch in keiner Weise eine Antwort hat, wie er den öffentlichen Verkehr in Zukunft finanzieren wird...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Er ist ja nicht der Finanzlandesrat.

GR. **Mayr:** ...sich nur darüber zu beschweren, dass der Gesamtbudgetbeschluss ihm keine neuen Spielräume ermöglicht, ist ein bisschen wenig. Wenn jede Kreativität in seinem Ressort offensichtlich mittlerweile obsolet ist, dann ist es gerechtfertigt, ihn über einen dringlichen Antrag aufzufordern, mit uns in Diskussion zu treten. Und ganz wichtig für uns war eben, jetzt hier zunächst einmal die Diskussion ganz offen zu beginnen, eben nicht zu sagen, es geht jetzt darum, Autofahrer zu schröpfen oder wie beim Abänderungsantrag der KPÖ, es geht darum, Unternehmerinnen und Unternehmer zu schröpfen, so hätten wir das einmal verstanden, sondern alle Varianten durchzudiskutieren und dann zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Wir von der ÖVP begrüßen natürlich in keiner Weise grundsätzlich Steuererhöhungen oder Gebührenerhöhungen, aber...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist euer Lieblingswort: Aber.

GR. **Mayr:** ...in diesem konkreten Fall muss man sagen, dass wir seit Jahren, ich will nicht sagen seit Jahrzehnten, versuchen, die Finanzierung, Ausbaumaßnahmen, auch den Betrieb des öffentlichen Verkehrs zu finanzieren und wir sind Großteils auf uns selber gestellt. Und bei den Aufgaben, die uns in Zukunft erwarten, ist es notwendig, dass wir auch die Mithilfe unter Anführungszeichen der „anderen Gebietskörperschaften“ bekommen und wenn es offensichtlich nicht anders möglich ist, dann auch über eine gezielte Abgabe, so wie das in Wien, muss man ehrlicherweise sagen, in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch bestens

funktioniert. Ein letzter Satz auch noch zum Kollegen Mariacher, ich sehe sozusagen diese durchgehende Linie gegen den Autoverkehr überhaupt nicht, da hast du den Antrag zur Überwachung des Parkraums komplett missverstanden. Zum Beispiel, gerade aus deinem Bezirk kommt massiv die Forderung, dass dort nicht StVO-konformes Parken überwacht wird, das ermöglichen wir damit, beim Bebauungsplan Kleinoschegg hast du das, glaube ich, auch nicht ganz durchgelesen, um was es dabei gegangen ist, und auch hier bei der Nahverkehrsabgabe geht es uns um eine offene Diskussion. Entscheidend ist noch etwas, weil die Betriebe und der Standort angeführt waren. Kollege Frölich hat das auch ganz richtig vorher gesagt. Für die Standortqualität zählt auch heutzutage die Lebensqualität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da schauen sich Unternehmer und Unternehmerinnen ganz genau an, wie schaut die Lebensqualität an dem Standort, wo sie investieren, aus. Und das ist auch ein Standortkriterium, und wir versuchen mit dem Ausbau im ÖV diese Standortlebensqualität zu erhöhen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Vielleicht nur eine tatsächliche Berichtigung zur Aussage von Herrn Gemeinderat Mayr. Es ist eben leider nicht so, dass der Antrag völlig offen ist, sondern es steht dezidiert drinnen, aus Sicht der Stadt Graz darf mit einer Nahverkehrsabgabe keinesfalls der Faktor Arbeit zusätzlich belastet werden. Eine weitere Belastung des Faktors Arbeit ist volkswirtschaftlich unsinnig und würde auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe einschränken. Also die Diskussion ist in dem Sinn nicht offen, sondern ich sehe schon, eine wesentliche Möglichkeit ausgeschlossen.

Zwischenruf GR. Baumann: Das ist doch eine sinnvolle Einschränkung.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Damit ist der Antrag konkreter als behauptet. Ich möchte mich auch kurz selbst zu Wort melden als Verkehrsreferentin. In regelmäßigen Anträgen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich kann als Vorsitzende mir jederzeit selbst das Wort erteilen, das haben wir schon mehrfach hier herinnen besprochen. Lest einmal die Geschäftsordnung. Ich möchte kurz nochmals sagen, in regelmäßigen Abständen, auch heute sehe ich wieder eine Anfrage zu einem Kombi-Ticket, kommen hier herinnen Anträge, Wünsche und ich würde einmal sagen Forderungen in Richtung Ausbau öffentlicher Verkehr, in Richtung billigere Tickets, in Richtung was alles man sich so wünscht und dann heißt es immer, wenn man dann über den Feinstaub diskutiert, dann muss endlich einmal der öffentliche Verkehr ausgebaut werden etc. Wenn es dann darum geht, in Richtung Finanzierung zu denken, dann hört man, dass der Herr zuständige Landesrat nicht für die Finanzierung zuständig ist und dann ist bei der Nahverkehrsabgabe plötzlich wieder die Abzocke im Vordergrund. Irgendwann muss man auch kongruent werden, entweder man bekennt sich für den öffentlichen Verkehr, dann muss man sich auch dazu bekennen, dass er Geld kostet, das ist eine Tatsache; wenn er in guter Qualität angeboten werden soll, dann kostet er noch ein bisschen mehr, und irgendwoher muss die Finanzierung dafür kommen. Wir sehen, dass die Stadt Graz in vielen Bereichen da alleine gelassen wird, in Zukunft noch mehr, weil das Land sich ja auch aus einer bestimmten Verantwortung zurückzieht, dies bisher immerhin zum Teil übernommen hat. Vom Bund wissen wir, dass wir ewig warten auf Geld, das in die Städte geht für den Ausbau des ÖPNV, also bitte, irgendwann muss man sich einmal entscheiden, oder dann lasst man es bitte mit diesen ganzen Wünschen, die die ganze Zeit da herinnen deponiert werden, weil es

einfach nicht glaubwürdig ist. In dem Sinn schließe ich jetzt die Diskussion hier ab, weil es gibt keine Wortmeldung mehr und übergebe zum Schlusswort.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Danke. Kurze Repliken sind natürlich angebracht. Fangen wir mit dem Kollegen Mariacher an. Solidarität mit jenen, die sich nicht an die Gesetze halten, ist überraschend für Sie, wundert mich ein bisschen, weil Sie bei der Parkraumüberwachung so ein Problem haben, ich habe kein Problem damit, wenn die Gesetze überwacht werden, ich hätte das von Ihnen auch nicht vermutet, aber ok. Ich glaube, das ist wichtiger, meine Solidarität gilt den Kindern, die unter Verkehr und Feinstaub leiden, den Alten, die unter den Verkehrsemissionen leiden usw., aber man kann unterschiedlicher Ansicht sein, selbstverständlich. Die FPÖ spricht sich aus für keine Belastungen für die Wirtschafts- und Gewerbetreibende, schön und gut, keine Belastung für das Vermögen habe ich auch schon von Ihnen gehört, wer bleibt da übrig, der kleine Mann, das ist mir neu, dass die FPÖ den kleinen Mann schröpfen will, aber ok, nehmen wir zur Kenntnis. Alle anderen Besteuerungsgrundlagen lehnen Sie ab, Vermögen darf man nicht besteuern, Gewerbetreibenden darf man nicht besteuern, schauen Sie einmal an, wer übrig bleibt, vielleicht wollen Sie wirklich den kleinen Mann besteuern, dann würden wir es endlich wissen. Aber Sie werden sicher noch einmal darauf antworten. Nun zu den ernstzunehmenden Kritiken und Anmerkungen. Der Antrag sei zu offen, zu unklar, und natürlich gibt es einen gewissen Schwenk, weg von einer U-Bahn-Steuer nach Wiener Modell, das ist richtig, zu diesem Schwenk stehe ich. Es ist in Österreich einfach so in allen internationalen Vergleichen, dass der Faktor Arbeit schon extrem hoch besteuert ist, wir mit Arbeitslosigkeit nicht gut umgehen können und auch nicht wollen. Höhere Steuer auf Arbeit heißt logischerweise, dass sich der Faktor Arbeit weiter verteuert, weiter eingespart wird, weniger Leute beschäftigt werden und die Arbeitslosigkeit steigt. Das kann man schon wollen, aber wir wollen es halt nicht, und in Zeiten wie diesen, glaube ich, ist die höhere Besteuerung vom Faktor Arbeit der falsche Weg. Bitte, liebe

Leute, Österreich ist Spitzenreiter bei der Besteuerung von Arbeitskraft, bitte denken Sie auch über andere Besteuerungsgrundlagen nach. Und so ganz offen, wie Karl-Heinz Herper seine Kritik angebracht hat, ist der Antrag nicht, ich weiß nicht, warum er nicht gelesen wurde. Es steht drinnen, dass auf mehr Kostenwahrheit geachtet werden sollte im Sinne dieser Studie, die Studie ist, nehme ich an, bekannt, sonst hätte ich sie gerne zur Verfügung gestellt, also da steht schon einiges drinnen, an was man denken kann. Es macht aber keinen Sinn, in einem dringlichen Antrag das absolut festzulegen. Wir sollten uns hier nicht überschätzen, wir sollten hier nicht beim dringlichen Antrag wirklich genau festlegen, das soll es sein, aber wir geben eine Richtung vor, wir geben gemeinsam die Richtung vor, es geht nicht gegen den Faktor Arbeit, ich habe soeben erklärt, eine mögliche Richtung ist, beim Autoverkehr hinzuschauen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wir schreiben es im Antrag etwas offener und das ist auch gut so, wir achten auf mehr allokativen Effizienz, das heißt, wir müssen das besteuern, was eben für Umwelt oder andere Dinge schädlich ist. Da fällt natürlich der Autoverkehr darunter, da könnte auch etwas anderes darunterfallen, das lassen wir bewusst offen, aber wir wollen die Effizienz steigern, wir wollen mit Ökosteuern steuern, das ist, glaube ich, Ihnen allen bekannt, wir wollen dort die Steuer erheben, wo unerwünschtes Verhalten zu stark stattfindet. Leute beschäftigen, ist für uns Grünen kein unerwünschtes Verhalten, deswegen wollen wir das nicht stärker besteuern, aber es gibt neben dem Autoverkehr einige andere Dinge, die durchaus ökonomisch und ökologisch unerwünscht sind und die wir stärker besteuern können und sollten und darüber gilt es nachzudenken. Und ein letzter Satz, soziale Ausgewogenheit deutet natürlich auch darauf hin, dass wir nicht die Ärmsten besteuern, nicht Kinder besteuern und keine Kopfsteuer machen werden, soziale Ausgewogenheit heißt natürlich, dass man sich dazu etwas überlegen muss, und eine Kopfsteuer ist eben nicht sozial ausgewogen, da muss man genau hinschauen, darüber muss man nachdenken und ja, Nachdenken ist angebracht, ich glaube, ein dringlicher Antrag dient nicht dazu, alle Details vorzulegen, das könnten wir in der zweiten Stufe natürlich gerne machen, aber in der ersten Stufe geht es einmal um eine Grundsatzentscheidung. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag von GR. Eber wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich begrüße den Herrn Nationalratsabgeordneten Schönegger, der heute auf Besuch in Graz ist (*allgemeiner Applaus*).

5) Wohnbeihilfe bei der Mindestsicherung nicht als Einkommen berechnen

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die sogenannte Mindestsicherung des Landes Steiermark bringt für die betroffenen Menschen in vielen Fällen eine sehr große Verschlechterung gegenüber der Sozialhilfe mit sich. Besonders nachteilig wirkt sich aus, dass die Wohnbeihilfe des Landes seit 1. März 2011 als Einkommen berechnet wird.

Der Mindeststandard beinhaltet bereits einen Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs in Höhe von 188,23 Euro. Damit soll ein Teil der Wohnkosten pauschal abgedeckt werden. Ist der tatsächliche Wohnbedarf durch diesen Mindeststandard und durch die Leistung der Wohnbeihilfe nicht abgedeckt, so sind laut Gesetz zusätzliche Geldleistungen zu erbringen. Sinn dieser Regelung ist wohl, dass sowohl Mindeststandard als auch Wohnbeihilfe zur Abdeckung des Wohnbedarfs zur Verfügung stehen sollen.

Die Berechnung der Mindestsicherung erfolgt nun aber so, dass zwar eine Ergänzung bis zum höchstzulässigen Wohnungsaufwand zum Mindeststandard hinzugerechnet

wird; die Wohnbeihilfe aber wird als Einkommen verstanden und vom Mindeststandard dann wieder abgezogen. Daraus ergibt sich eine massive Verringerung der monatlichen Unterstützung im Rahmen der Mindestsicherung.

Diese Verschlechterung wird gerade in Graz viele Menschen treffen. Deshalb sollte der Gemeinderat eine klare Position beziehen.

Aus diesem Grunde stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz sieht in der Tatsache, dass die Wohnbeihilfe für BezieherInnen der Mindestsicherung als Einkommen berechnet wird, eine Verschlechterung gegenüber der Sozialhilfe und fordert das Land Steiermark auf, diese unsoziale Maßnahme rückgängig zu machen (*Applaus KPÖ*).

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Vielleicht kann ich mit meiner Wortmeldung gleich weitere Wortmeldungen abkürzen. Es stimmt, Ina Bergmann, es gibt Verschlechterungen, das angeführte Beispiel ist aber ein Beispiel der Vergangenheit. Ich habe das in einem Stadtsenatsbericht vor zwei Wochen kommuniziert, mittlerweile ist das behoben, also der Antrag ist hinfällig, wir haben beim Land Steiermark interveniert, sowohl auf Amtsebene als auch politisch, und dieser Missstand ist jetzt behoben. Es wird gleich interpretiert wie bei der Sozialhilfe, darum brauchen wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Ich stimme dir zu, es gibt Verschlechterungen, es gibt Verschlechterungen dadurch, dass es kein 13. und 14. Auszahlen des Richtsatzes gibt. Es gibt auch Verschlechterungen bei den Wohngemeinschaften, aber diese Verschlechterung gibt es schlichtweg nicht mehr, Gott sei Dank, und daher werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Der Antragstext liest sich sehr, sehr kompliziert. Leider ist das Mindestsicherungsgesetz, wie du sagst, Frau Stadträtin, sehr, sehr unübersichtlich und komplex beschrieben. Wir haben auch einen Ausschuss extra einberufen, einen Sozialausschuss, da wurde uns das Ganze erklärt, leider wird von der Bürokratie her nicht weniger, sondern mehr, es werden Mitarbeiter auch extra eingestellt, dass das bewältigbar ist. Wir haben auch mit unserem Landtagsklub Kontakt aufgenommen, auch mit dem Soziallandesrat Schrittwieser, weil dieser Antrag war natürlich alarmierend, aber es wurde uns das ganz genau erklärt, es gibt ja zwei verschiedene Modelle, das alte Modell und das neue Modell, und zwar das alte Modell war ein duales Modell, wo man an die Sozialhilfe in der Höhe von 548 Euro erhalten hat plus die Wohnbeihilfe. Das neue Modell, da gibt es ein Mindestsicherungsrichtsatz von 752, 93 Euro, davon sind ja 182 Euro für den Wohnaufwand. Dann kann man noch zusätzlich, je nachdem wo man wohnt in Österreich, einen Geldbetrag beantragen, das kriegt man dann dazu und dann wird die Wohnbeihilfe, die man hat, in Abzug gebracht. Ich habe da auch ein Rechenbeispiel und bei diesem Rechenbeispiel kommt unterm Strich beim Modell neu mehr Geld heraus, das ist so. Unser Landtagsklub hat gesagt, es gibt bis jetzt noch keine Rechenbeispiele, wo weniger rauskommt, das Land schaut sich das auch an, es hat vor eineinhalb Wochen eben einen eigenen Sozial-/Wohnungsausschuss im Landtag gegeben, wo die KPÖ das Gleiche aufgeworfen hat. Wie die Frau Sozialstadträtin auch gesagt hat, wurden da Unklarheiten beseitigt, aber im Land von unserer Fraktion und auch von der SPÖ ist das Signal gekommen, wenn es Beispiele gibt, wo weniger unterm Strich rauskommt, bitte noch einmal an uns weiterleiten, dann können wir das auch klären. Aber unterm Strich schaut es so aus, als würde das neue Modell auch eine kleine Besserung bringen. Insgesamt natürlich gibt es das 13. und 14. nicht, aber das ist eine grundsätzliche Entscheidung. Durch die Wohnbeihilfe gibt es nicht weniger Geld. Danke (*Applaus ÖVP*). Wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen.

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Position von uns ist in dieser Frage klar, die Mindestsicherung ist als sozialpolitische Maßnahme leistungsfeindlich und wurde in dieser Form auch von uns im Landtag, wie Sie ja wissen, abgelehnt. Es zeigt sich aber, dass nach kurzer Zeit oder es zeigt sich nach kurzer Zeit, wie schlampig hier in Wirklichkeit auch gearbeitet wurde, wie schlampig diese Mindestsicherung vorbereitet wurde, und jetzt haben wir den Salat, wenn man so will und dass eben, Sie haben es angesprochen, aufgrund der Anrechnung der Wohnbauhilfe bei der Mindestsicherung viele Härtefälle auch eingetreten sind. Diese Menschen, und das sei hier ganz klar gesagt, diese Menschen sind zu bedauern und die sind auch schnellstmöglich sozial wieder abzufedern. Dennoch für uns ganz klar, wir lehnen die Mindestsicherung generell ab und werden daher auch diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Baumann**: Dieser Antrag ist dringlich, weil die Mindestsicherung, wie wir wissen, in der Steiermark mit 1. März eh schon verspätet eingeführt wurde. Mir ist es trotz deiner Wortmeldung nicht geklärt worden, welches Problem jetzt gelöst worden ist. Ich weiß nur, dass die Stellungnahme des Sozialamtes in der Begutachtungsphase sehr wohl eine sehr kritische gegenüber der Mindestsicherung war und das Sozialamt, also der Leiter des Sozialamtes sehr pointiert auf diesen Missstand, auf dieses Problem hingewiesen hat. Leider wurde das in der Gesetzwerdung nicht berücksichtigt. Jetzt haben wir 17 Tage nach Einführung dieses Gesetzes...

Zwischenruf GRin. Krامل: Das ist schon geändert.

GR. **Baumann:** 17 Tage nach Einführung des Gesetzes muss irgendwie schon dieses Gesetz quasi richtiggestellt werden, obwohl es eine Begutachtung gibt, in der genau diese Fälle ja auch schon aufgefallen sind und beschlossen worden sind oder aufgezeigt worden sind. Also wenn das so stimmt, dass die Wohnbeihilfe jetzt kein Teil des Einkommens ist und nicht Teil der Mindestsicherung ist, dann soll das gut sein, der Antrag bleibt trotzdem aufrecht von der KPÖ, denke ich mir, wird unsere Zustimmung haben. Vielleicht noch etwas Grundsätzliches. Diese Mindestsicherungsgesetzgeschichte ist eine wirklich schlimme Sache, die da vor einigen Jahren schon auf den falschen Weg gegangen ist, eine gute Idee, nämlich eine Grundsicherung zu schaffen für alle Menschen hier in Österreich, ein gesichertes Auskommen zu haben, ein Geld für Wohnen zu haben, für Essen, wurde schon in der Bundesgesetzgebung stark verwässert und wurde durch dieses Landesgesetz, im Übrigen mit dieser Regressforderung, noch einmal verschärft, also dieses Gesetz ist ein schlechtes Gesetz und ist ein Gesetz, das nicht zur sozialen Sicherheit von Menschen beiträgt und wir werden das in Einzelfällen, die Einzelfälle werden kommen, es ist jetzt schon bekannt geworden, dass einigen Menschen die Mindestsicherung gestrichen wurde, jetzt schon, nach 17 Tagen, und diese Fälle werden wir bekämpfen bis hin zum Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, weil so können wir mit sozial Schwächeren oder ökonomisch schwächer gestellten Personen in Graz und in der Steiermark nicht umgehen (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Liebe Frau Stadträtin Schröck, uns liegt eben vor, dass in der Ausschusssitzung am Dienstag, dem 15. 3., der Antrag der KPÖ, diese Wohnbeihilfe nicht miteinzubeziehen als Einkommen, abgelehnt wurde und zwar von SPÖ, ÖVP und FPÖ, deswegen verwundert es mich jetzt, dass plötzlich alles anders sein soll. Aber nichtsdestotrotz, es ist auf alle Fälle Fakt, dass die Mindestsicherung für die Menschen eine weitere Verschlechterung bedeutet, und was die Rechenbeispiele angeht, das wird in Zukunft die Praxis einfach zeigen, was unterm Strich für die

Menschen dann tatsächlich herauskommt. Wir werden auf alle Fälle an dieser Sache dranbleiben, und wenn das eben nicht so ist oder beziehungsweise wenn es wesentliche Verschlechterungen gibt, werden wir sicherlich im Gemeinderat wieder Initiativen setzen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Ausgewogene Verteilung städtischer Wohnungen hinsichtlich der Sprachkenntnisse

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In zahlreichen Wohnanlagen des rechten Grazer Murufers haben in jüngerer Vergangenheit soziale Konflikte zwischen den Mietern stark zugenommen. Viele Probleme resultieren oftmals aus dem Umstand, dass der Anteil von Mietern mit Migrationshintergrund, die unsere Sprache nicht ausreichend beherrschen, in diversen Häusern und Wohnanlagen überproportional groß ist.

Ebenso wie die gemeinsame Sprache in vielen Problemsituationen dazu beiträgt, Missverständnisse rechtzeitig auszuräumen und sich anbahnende Konflikte frühzeitig zu bereinigen, kann das Fehlen einer gemeinsamen sprachlichen Grundlage auf einfache Meinungsverschiedenheiten sogar eskalierende Wirkung haben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass die nicht überwundene sprachliche Barriere zahlreiche Migranten veranlasst, sich in eigene Sprach- und Kulturinseln zurückzuziehen. Dieses Verhalten stellt in der Folge ein erhebliches Integrationshindernis dar. In zahlreichen Wohnanlagen besteht dringender Handlungsbedarf, die Qualität des Zusammenlebens der Bewohner nachhaltig zu verbessern. Um also einerseits die Integration zu fördern und andererseits ein harmonisches Zusammenleben zu gewährleisten, gilt es, die gegenseitige sprachliche Verständigung als wichtigste Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander zu fördern. Nur dadurch kann auch ein Zusammenleben verschiedener Volksgruppen und Kulturen auf engem Raum möglich werden. Wenn allerdings das gesamte soziale Umfeld ein Erlernen der deutschen Sprache nicht notwendig macht, wenn selbst in engster wohnlicher Umgebung keine gemeinsame Sprache gesprochen wird, darf es nicht verwundern, dass an Stelle des verbindenden Dialoges im besten Fall Sprachlosigkeit, häufiger aber Eskalationen unterschiedlichen Ausmaßes zu beobachten sind. Es gilt daher auf lange Sicht darauf zu achten, dass Wohnungswerber und deren volljährige Mitbewohner über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen beziehungsweise sich diese auf dem schnellsten Wege aneignen.

Gegenständliche Initiative zielt darauf ab, bei Sozialwohnungen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bewohnern mit ausreichenden Deutschkenntnissen und solchen ohne ausreichende sprachliche Befähigung herzustellen, um auf diese Weise, über nachbarliche Kommunikation, einen Integrationseffekt zu erzielen.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Unter dem Bekenntnis, dass gelungene gesellschaftliche Integration im engsten sozialen Umfeld beginnt und nur über eine gemeinsame Sprache zu erreichen ist,

ersucht der Gemeinderat die zuständige Stadtsenatsreferentin Elke Kahr höflich, innerhalb ihrer Ressortzuständigkeit die notwendigen Veranlassungen zu treffen, um bei der Vergabe von Sozialwohnungen in Zukunft stärker als bisher darauf Bedacht nehmen zu können, dass in den entsprechenden Wohnanlagen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bewohnern mit deutscher Muttersprache oder ausreichenden Deutschkenntnissen und Wohnungswerbern ohne entsprechende Deutschkenntnisse gegeben ist (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Dieser Antrag wird ja eigentlich schon durchaus gemacht vom Amt für Wohnungsangelegenheiten, hat es ja auch schon bisher im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bei der Vergabe von Gemeindewohnungen darauf geachtet, dass Konzentrationen von Menschen mit migrantischem Hintergrund in Häusern beziehungsweise Wohnanlagen vermieden werden. Eine perfekte Verteilung auf alle 10.500 Gemeindewohnungen ist eben wegen dieser Nachfragestruktur nicht unbedingt möglich. Ich sage nur als Stichwort, Großfamilien und große Wohnungen, die sind einfach ein wenig konzentriert in unseren Gemeindewohnungsanlagen. Daueraufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige müssen ja jetzt schon die Integrationsvereinbarung unterschreiben, worin sie sich verpflichten, innerhalb von fünf Jahren eine Sprachprüfung auf Niveau A 2 positiv zu absolvieren. Mit 1. Juli 2011 wird die rot-weiß-rot Karte eingeführt, die eine Neuregelung in dieser Angelegenheit ebenfalls vorsieht. Hier müssen dann bereits Migranten in ihrem Herkunftsland, Heimatland eben elementare Grundkenntnisse der deutschen Sprache erwerben auf Niveau A 1, und die Zeit von A 2 Niveau, das Erbringen, wird ebenfalls von fünf Jahren auf zwei Jahre verkürzt. Wir sehen daher keine Dringlichkeit, trotzdem ist das ein wichtiges Thema und wir werden gemeinsam im Integrationsausschuss und Wohnungsausschuss in den nächsten Monaten dazu eine Sitzung machen und uns dahingehend beraten. Die Dringlichkeit lehnen wir daher ab (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Von unserer Seite auch zweimal Nein, Nein zur Dringlichkeit beziehungsweise zum Antrag. Die inhaltliche Linie haben wir auch schon das letzte Mal und letzten Gemeinderat debattiert bei der Änderung der Wohnungsvergaberichtlinie, ich glaube, hier ist wirklich in der letzten Gemeinderatssitzung und heute schon alles dazu gesagt worden. Wenn es Probleme im Zusammenleben gibt, und das ist nicht von der Sprache abhängig, das kann manchmal auch sprachlos Probleme im Zusammenleben geben, hier sind andere Instrumente anzuwenden. Unabhängig davon sind auch hier Wohnungen beziehungsweise Wohnanlagen angesprochen, die in der Stadt vorhanden sind. Das betrifft hinsichtlich der Eigentumsstruktur nicht nur die städtischen, sondern vielfach die privaten oder auch die Genossenschaftswohnungen, also wenn, muss man hier einen anderen Zugang haben, als hier vorgeschlagen wurde (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Ingrid, meine Damen und Herren! Gemeinderat Spath und auch Gemeinderätin Susi Bauer haben eigentlich das Wesentliche schon gesagt, und ich habe in der letzten Gemeinderatssitzung wirklich über Gebühr die Zeit beansprucht und versucht, sehr genau auf dieses Thema einzugehen. Deshalb werde ich mich heute nicht mehr wiederholen. Ich möchte aber wirklich auf eines schon hinweisen, liebe Ingrid. Du bist Beschäftigte im städtischen Sozialamt und du kennst die Situation und auch die soziale Situation in der Stadt Graz dadurch sehr gut. Natürlich, weil da drinnen in dem Antrag von einem Bekenntnis gesprochen wird meinerseits, selbstverständlich ist der Erwerb der deutschen Sprache hat das eine wichtige Funktion für die ausländischen MitbürgerInnen, um überhaupt hier eine Zukunft zu haben. Aber immer, und das ist das, was wirklich schon unerträglich ist und vor allem in Bezug auf die GemeindemieterInnen und zwar aller, der österreichischen und auch der ausländischen MitbürgerInnen, es wird immer so hingestellt, als seien unsere Gemeindewohnhausanlagen die, die Konflikte und der Hort sind, wo nur Schlimmes passiert. Du weiß, acht Prozent des gesamten

Wohnungsbestandes in unserer Stadt Graz sind Gemeindewohnungen, leider viel zu wenige, in Wien sind das ein Viertel des Wohnungsbestandes. Und die Konflikte die gehen eben, wie die Susi schon gesagt hat, eben nicht nur zwischen inländischen und ausländischen MitbürgerInnen, sie gehen auch innerhalb der österreichischen Familien, die sind so vielfältig, und vor allem geht der Bruch in unserer Gesellschaft auch nicht immer nur zwischen Inländern und Ausländern, der ist zwischen Ärmeren und besser Situierten und reichen Schichten in unserer Gesellschaft, das würde ich mir auch einmal überlegen in eurer ganzen Ausländerpropaganda, das muss ich wirklich so sagen, weil letztendlich mündet immer alles in dasselbe, die MitgrantInnen, das sagt ihr ja oft, gegen die, die fleißig sind und auch integrationswillig sind, gegen die habt ihr nichts, aber genau das sind diejenigen, die in Graz eine Gemeindewohnung bekommen, weil die bekommen eben nur eine, wenn sie eine Daueraufenthaltsgenehmigung haben und das setzt eben voraus, dass sie über ein Einkommen verfügen müssen, und das ist nicht wenig aus einer Arbeit, die müssen für vier-/fünfköpfige Familie, das habe ich das letzte Mal schon gesagt, mindestens 1.500 bis 1.800 Euro verdienen. Wenn man weiß, wie der Arbeitsmarkt aussieht, ist das nicht leicht, und sie müssen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), das hat der Kollege Spath alles sehr richtig gesagt. Und im Übrigen diskutieren, reden kann ich immer, du weißt selbst, dass ich sehr oft in Wohnhausanlagen bin, die Kompetenz des städtischen Wohnungsamtes ist diesbezüglich unbestritten. Entwicklungen in Wohnhausanlagen werden von uns sehr sorgfältig beobachtet, nicht umsonst haben wir seit zwei Jahren auch Siedlungsmediation Gelder einsetzt, haben Acht-Sprachen-Hausordnungen und notwendige Unterlagen und helfen auch Genossenschaften, das muss ich auch sagen, wo es ja gar nicht unsere Verantwortung ist, dass sie in diesen Bereichen weiterkommen. Ich denke, du weißt, was ich anspreche. Neue Heimat, du warst selbst dabei, da sind wir einen Schritt weiter, das heißt, wir tun nicht nur reden, sondern wir versuchen, auch immer Lösungen anzustreben. Es gäbe da so viel zu sagen, aber das passt schon (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Frau Stadträtin Kahr! Ich habe Ihren Ausführungen sehr gelauscht, nur dann verstehe ich es wirklich nicht. Sie sagen gerade, es verfügen selbstverständlich alle über die entsprechenden Deutschkenntnisse, haben Sie gesagt oder?...

StRin. Kahr: MigrantInnen müssen seit 2006 Deutsch können.

GR. **Grosz:** Gut, und weiter sagen Sie, Sie haben die Hausordnungen in acht Sprachen aufgehängt. Na ok, aber jetzt frage ich mich, nein, ich kritisiere Sie nicht, ich höre soeben, ich bin wirklich der ehrlichen Überzeugung, dass Deutsch oder die Beherrschung der Sprache in dem Land, wo man in Zukunft lebt, was nicht immer das Herkunftsland ist, wie wir wissen, dass die Beherrschung der dortigen Sprache der Schlüssel zur Integration ist, es ist der Schlüssel zur Integration. Wenn ich nicht die Green-Card beantragend in die Vereinigten Staaten, nach Amerika reise, dann habe ich dort die schwersten Englischprüfungen vor mir, nicht, weil die Amerikaner in dem Sinn so gemein sind, weil sie vier Meter hohe Mauern nach Mexiko bauen, nein, weil sie erkannt haben, dass der Schlüssel zu einem Erfolg im Land der unbegrenzten Möglichkeiten nur über die Beherrschung der Sprache Englisch funktioniert. Na, vollkommen klar. Wenn ich in Italien, in Rom ein Fahrradgeschäft aufmachen will, dann muss ich italienisch können, dann komme ich mit tunesisch, arabisch und chinesisch nicht durch, schlichtweg, ich kann nicht Unternehmen wirtschaften, ein Einkommen haben, wenn ich in dem Land, wie zum Beispiel Österreich, ich mich darauf beschränke, dass meine einzig allein geliebte Sprache bosnisch ist. Ich werde mich erweitern müssen und werde, um gesellschaftlich, sozial akzeptiert zu werden, um mich verständigen zu können, um eine Normalität auch eines Integrationsprozesses zu erzeugen na selbstverständlich die Sprache lernen müssen, und daher ist auch der heutige Vorstoß, wie der letzte von mir vor einem Monat,

komplett gerechtfertigt. Die Definition ist Geschmackssache jetzt, ob man das strenger haben will, aber dieses ständige: Na das kommt wieder von den Rechten, dass man nicht einmal kapiert, dass die Erlernung der deutschen Sprache der Schlüssel zur Integration ist, das finde ich grundsätzlich verwerflich. Und dass Sie, Frau Stadträtin, da hergehen und sagen, es können eh alle so super Deutsch und deswegen haben wir die Hausordnungen in acht Sprachen, widerspricht sich selbst und Sie wissen nicht, von was Sie reden, und Sie sollten sich wirklich überlegen, ob Sie weiterhin Wohnungsstadträtin sind in dieser Stadt oder nicht das Chaos prolongieren. Es gehört Ihnen nämlich auch einmal gesagt, weil es ist ja nämlich genau Ihr Versagen und das Ihres Vorgängers, dass wir jetzt in Graz haben, dass wir selbstverständlich Ghettos in dem Bereich haben. Wenn da der Gemeinderat herausgeht und sagt, na wir sind so bemüht, dass es keine Ghettos gibt, dann machen wir doch einmal einen Exkurs im städtischen Wohnbau und in die Probleme, die es dort gibt. Na warum brauchen wir seit zwei Jahren eine Mediation? Weil dort eine Debatte über Gänseblümchengießen entstanden ist? Wir brauchen eine Mediation, weil dort Leute in tiefsten, auch aggressiven, Emotionen aufeinanderprallen und Lebensraum mit Lebensqualität nicht möglich ist und daher unterstützen wir auch diesen Antrag, einmal mehr als Zeichen, dass die Wohnbaupolitik von Ihnen, Frau Kahr, versagt hat (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GRin. **Benedik:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muss sagen, ich bin schlichtweg sehr enttäuscht. Mit Kenntnis der Landessprache ist nun einmal jede Tür für jede Kommunikation offen und erst dadurch kann Integration gelebt werden. Hier im Gemeinderatssaal wird zwar immer von Integration gesprochen, jedoch im Ernst angepackt, ein anschließendes Handeln, davon ist jede Fraktion weit entfernt, sei es die ÖVP, die SPÖ, die KPÖ, von den Grünen ganz zu schweigen. Wenn wir Freiheitlichen uns Gedanken machen, wie ein Zusammenleben in den Siedlungen, wie also Integration besser funktionieren kann, eben mit der gemeinsamen

Landessprache, wird kritisiert und abgelehnt. Fest steht, wir Freiheitlichen sind an einer konstruktiven Lösung interessiert. Lieber Herr Gemeinderat Rajakovics, ich war ja auch schon einmal im Bürgermeisteramt, wo wir gemeinsam über diese Siedlungsproblematik gesprochen haben und du weißt sehr genau, lieber Thomas, dass es mir mit diesem Thema sehr ernst ist.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Deswegen machen wir diesen Ausschuss.

GRin. **Benedik:** Ich kann, ehrlich gesagt, die SPÖ auch nicht verstehen, sie sagt, andere Instrumente, ja bitte, welche Instrumente, Frau Gemeinderat Bauer? Sie haben da keine Instrumente, Sie sagen nur irgendwas anderes, aber Sie haben mir da keine Instrumente genannt. Ich möchte hier nur eines sagen, ich habe in meinem Antrag damit nicht die Verteilung angegriffen, sondern die Vergabe, und Frau Stadträtin Kahr, mir kommt es fast vor, als hättest du Angst, etwas an die Zeit Angepasstes zu machen. Angst vor Veränderungen, ganz nach dem Motto, es war immer so und soll so bleiben, aber neue Anforderungen kommen ständig auf uns zu. Neuen Anforderungen muss man ins Auge sehen. Mit ein bisschen Mut zur Veränderung kann es gelingen, doch mehr Ruhe in die Siedlungen zu bringen beziehungsweise einer Ghettoisierung entgegenzuwirken. Bei den Grünen kommt es mir ohnehin vor, es wäre Ihnen lieber, dass die heimischen Mieter türkisch lernen, nur darf man dabei nicht vergessen, dass dabei der Zuwanderer aus Somalia eben diese Sprache nicht versteht. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Alkoholverbot am Grazer Hauptbahnhof

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag ist eine Reaktion auch auf die derzeitigen Verhältnisse gerade jetzt zu Frühlingsbeginn am Grazer Hauptbahnhof. Er resultiert auch aus einer Reihe von Beschwerden seitens der Bürger und resultiert vor allem auch aufgrund eines Drängens der Exekutive, die hier im Bereich des Hauptbahnhofes endlich ein Durchgriffsrecht auch gerne in die Hand bekommen möchte, um hier den mittlerweile überbordenden Verhältnissen auch den Kampf ansagen zu können. Der Grazer Hauptbahnhof ist als Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs natürlich verstärkt von älteren Menschen sowie von Kindern und Jugendlichen frequentiert. Wir erleben aber in letzter Zeit immer mehr eine Verlagerung von Personen Richtung Hauptbahnhof, die dort natürlich ihre Sucht im alkoholischen Sinne frönen und die Begleiterscheinung wie Anstandsverletzungen, Lärmbelästigungen, Vermüllung und gewalttätige Auseinandersetzungen nicht ausbleiben. Es ist natürlich nicht unbedingt die beste Visitenkarte einer Stadt, wenn ankommende Besucher gleich einmal dieses Bild vermittelt bekommen. Jetzt sind wir ja schon als Bettelhauptstadt verrufen, und den Touristen wird hier nicht unbedingt, und Huchenhauptstadt auch mittlerweile, wie es seit heute bekannt geworden ist, aber Punkt ist das, Bettelhauptstadt, das ist ein Punkt, der uns nach wie vor nachhängt, die Touristen haben sich da in diese Richtung beschwert und jetzt ist es natürlich auch nicht unbedingt die beste Visitenkarte einer Stadt, wenn man in Graz ankommt und hier gleich unzählige Alkoholiker mit den ganzen Begleiterscheinungen am Hauptbahnhof antreffen muss.

Es ist natürlich richtig, und das war auch Diskussion in einer Grazer Wochenzeitung an diesem Wochenende, dass Verbote natürlich keine Patentlösungen sind. Auch Alkoholverbote selbstverständlich nicht. Aber, die Politik hat die Aufgabe, hier tätig zu sein. Wenn die Gesellschaft versagt, wenn hier in der Erziehung nicht richtig gehandelt wird, wenn hier nicht die Wertvorstellungen an die Jugend weitergegeben werden, dann kann die Politik hier nicht zuschauen und muss einmal in erster Linie präventiv, und um die herrschenden Verhältnisse einmal einzudämmen, tätig werden, und hier ist in Analogie zu dem Alkoholverbot, das auch am Hauptplatz seit einigen Jahren gilt, ist es sinnvoll, auch Ähnliches am Hauptbahnhof in Szene zu setzen. Es ist natürlich klar, dass ein Alkoholverbot am Grazer Hauptbahnhof und den direkt angrenzenden Flächen aufgrund der geteilten Eigentumsverhältnisse mit der ÖBB alleine am Verordnungswege eben nicht durchzuführen ist und deshalb stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, für jene unmittelbar an den Grazer Hauptbahnhof angrenzenden Plätze, die ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Graz fallen, eine Durchführungsverordnung über ein Alkoholverbot nach dem Muster der bereits am Grazer Hauptplatz in Kraft gesetzten Verordnung ausarbeiten zu lassen und diese in der Folge dem Stadtsenat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Bürgermeister Nagl wird ferner höflich ersucht, mit den zuständigen Stellen der ÖBB in Kontakt zu treten, um hinsichtlich jener Flächen des Grazer Hauptbahnhofes, für die es eine gemeinsame Nutzungsvereinbarung mit den ÖBB gibt, entsprechende Maßnahmen zu vereinbaren, um auch dort ein Alkoholverbot zu erwirken, das sich inhaltlich an oben erwähneter Verordnung orientiert (*Applaus FPÖ*).

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Heute ist am Schloßberg ein weißes Transparent gehisst worden, Graz ist City of Design, bald können wir draufhängen, Graz ist City of Prohibition. Mir kommt das jetzt schön langsam wirklich ein bisschen komisch vor, den Hauptplatz, den kann ich ja noch einigermaßen verstehen, das ist der Tourismusanziehungspunkt Nummer eins oder einer davon, beim Hauptbahnhof, ich meine, erstens frage ich mich, wo die sein sollen, weil wenn man dort hingehet, findet man gerade ein riesiges Bauloch vor und sonst gar nichts und ich frage mich wirklich, wo das noch hinführen soll und ich stimme Ihnen zu, ja, es ist ein Problem und es ist nicht schön anzuschauen, wenn betrunkene Menschen in der Öffentlichkeit sind, aber das Problem lösen wir nicht durch Verbote, das geht schlichtweg nicht. Sondern, ich habe das schon einmal da herinnen gesagt, wir lösen es dadurch, dass wir einmal überdenken müssen, was für einen Umfang hat unsere Gesellschaft mit Alkohol und wie gehen wir mit Alkohol um, wie viel kostet Alkohol? Nämlich viel zu wenig, und wenn einmal ein Vorschlag kommt, den Alkohol teurer zu machen, dann kommt gleich wieder der große Aufschrei. Aber das kann ja nicht sein und darum werden wir diesem Antrag weder in der Dringlichkeit noch inhaltlich zustimmen und ich hoffe wirklich, dass diese Anträge jetzt langsam aufhören, weil schön langsam können wir dann wirklich das ganze Stadtgebiet ausnehmen, weil wenn man es vom Hauptbahnhof wegbringen, dann stehen sie halt am Eggenberger Gürtel, wenn wir sie dort wegdrängen, stehen sie halt am Griesplatz und ich weiß nicht, wohin wir sie noch hinschieben wollen. Also, wie gesagt, Dringlichkeit nein, Inhalt nein (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Also Frau Stadträtin Schröck, in einem kann ich Ihnen ja zustimmen, dass Graz immer mehr Verbote bekommt. Ich erinnere mich an das sogenannte Handyverbot, im Übrigen, wenn mich nicht alles täuscht, mit Zustimmung Ihrer Fraktion oder mit heftigem Applaus, dass das Handyverbot gekommen ist. Also die Verbotspolitik in der Stadt, etwas zu verbieten, was hemmt, ist ja sehr interessant.

Der nächste dringliche Antrag unter meiner Fraktion wird sein, das Gastgartenverbot, da werden Sie mitstimmen, Frau Kollegin Schröck, aber Ihre Fraktion wird mir selbstverständlich sagen, wir greifen in die freie Wirtschaft ein, wir werden die Gastgärten verbieten, weil das geht ja nicht anders. Frau Kollegin Schröck hat bei der Tagesordnung, beim letzten Tagesordnungspunkt, einem Plakatverbot in Zukunft zugestimmt, einer Petition an den Landtag, Plakate in Zukunft einzuschränken. Ein Eingriff in die freie Wirtschaft, sehr geehrte Damen und Herren, sie lösen es mit Verboten, dabei wäre das gerade im Plakatbereich so einfach gewesen. Die ÖVP verzichtet auf ihre sinnentleerten Plakate nach dem Motto, was da alles draufgestanden ist: „Wenn es im November schneit, ist der Winter nicht weit“ oder „Ist draußen finster, ist drinnen dunkel“, das war ja ungefähr in der intellektuellen Preiskategorie mit der die Stadt Graz zu plakatiert worden ist, dann braucht man auch keine Verbote. Ich sage, dort, wo es notwendig ist ordnungspolitisch einzugreifen, da wird es die öffentliche Hand tun. Beim Bettelverbot war es notwendig als Maßnahme gegen den Menschenhandel. Wenn wir uns diese Auswüchse des Alkoholismus nicht nur, sondern es damit verbunden um Vandalismus und den Sachschaden es sich handelt, sei es am Bahnhof, sei es am Hauptplatz, dann wird es notwendig sein, ordnungspolitisch tätig zu werden. Bevor aber jetzt die FPÖ im Monatstakt jede einzelne Gasse dieser Stadt mit einem Verbot belegt, würde ich vorschlagen, dass wir dem nähertreten sollten, was die ÖVP vorschlägt, dass sich einige geschickte Leute unserer Stadt damit befassen, wie man ordnungspolitisch in einem größeren Rahmen tätig wird, damit wir eben nicht das Problem von einer Gasse in die andere verlagern. Grundsätzlich werden wir dem Antrag zustimmen mit dem nötigen Abänderungsantrag oder Zusatzantrag in Bälde, der von der ÖVP kommen wird, wie ich höre, weil ich glaube, das wäre eine sehr geschickte Lösung (*Applaus BZÖ*).

GR. **Rajakovics:** Zuerst zum Kollegen Grosz. Es gibt einen Unterschied zwischen Verboten und Geboten, aber das wissen wir beide, da wir ja in die Kirche gehen.

Gebot ist etwas, was ich von jemandem fordere, was ich jemandem anbiete, weil es gescheit ist für die Allgemeinheit. Insofern haben wir beim Handy ein Gebot gehabt und kein Verbot, aber ist ja egal. Spielt jetzt mit diesem Antrag nicht unbedingt zusammen, es stimmt, dass wir tatsächlich in letzter Zeit auch verstärkt bei Verboten schauen, ob sie sinnvoll sind oder notwendig sind, ich glaube auch, dass das Thema Alkohol nicht generell mit Verboten allein geregelt werden kann und ich bin der Letzte, der sagt, man könnte nicht auch das ganze Thema Alkohol über eine stärkere Besteuerung nach dem Prozentanteil des Alkoholgehaltes eines Getränks steuern, das sind alles sinnvolle Dinge, die wir zum Teil auch schon gefordert haben. Faktum ist aber, und da muss ich der Frau Stadträtin widersprechen, dass es nicht darum geht, irgendwo wahllos und überall ein Verbot zu machen, sondern dass es genau dort, wo Menschen, vor allem auch junge Menschen aufgrund eines sehr positiven Verhaltens, indem sie den öffentlichen Verkehr verwenden, drüber müssen, dass wir dort auch dafür stehen, dass gewisse Dinge einfach verboten sind und man gewisse Leute wegweist, wenn sie ein Verhalten an den Tag legen, das einfach jungen Mädchen, Burschen, Schülerinnen, Schülern einfach nicht zuträglich ist und das betrifft zum Beispiel den Hauptbahnhof, das betrifft den Hauptplatz, es betrifft den Jakominiplatz. Aber, und das sage ich auch, es ist nicht sinnvoll, dass man jetzt bei jedem Gemeinderat eine neue Zone in Graz uns anschauen sollten, das heißt, wir werden der Dringlichkeit zustimmen; so die Dringlichkeit durchgeht, werden wir folgenden Abänderungsantrag einbringen, dem ihr vielleicht trotz allem auch näher treten könnt:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz beauftragt den Sicherheitsbeauftragten der Stadt Graz, Mag. Wolfgang Hübel, eine Graz-weite Erhebung bezüglich möglicher Straßen und Plätze, für welche ein Alkoholverbot eine sinnvolle ordnungspolitische Maßnahme darstellt, vorzunehmen. Das würden wir empfehlen, dass wir uns das im Großen anschauen, wir haben einen Sicherheitsbeauftragten, der soll mit Sozialarbeitern, Polizei und allen, die involviert sind, sich dieses Themas widmen. Wir sind überzeugt, dass in manchen Fällen vorerst einmal eine Wegweisung das adäquate Mittel ist, dass es die Lösung des Alkoholproblems des Einzelnen oder des

Drogenproblems des Einzelnen darstellt, das wissen wir auch, dass das nicht ist und dazu gibt es aber unter anderem die Frau Stadträtin Schröck und andere, die sich darüber durchaus Gedanken machen sollten und nicht nur Leitbilder von Sozialarbeitern, wenn man dazu eine Frage stellt. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! An die Frau Stadträtin Schröck, die jetzt mittlerweile hinausgegangen ist, also meine Antwort nicht hören möchte. Ich bin mir sicher, der Stadtrat Herper wird ihr das ausrichten, also weil sie gefragt hat, wo der Ort ist, wo hier Alkoholmissbrauch betrieben wird, also das ist ganz klar, das ist die Wiese gegenüber vom Merkur. Ich war am Sonntag, ich habe mir das angeschaut, das ist wirklich ein Schandfleck, anders kann man das nicht bezeichnen. Es ist vor allem dort am Gehsteig beim Spar und in der Eingangshalle des Spar, gut das ist natürlich dann eine Frage der ÖBB, wie sie das zu lösen hat, es hängt ja natürlich, wie in meinem Antrag vorher erwähnt, alles zusammen. Ich glaube, dass auch die Lösung, die hier vorgeschlagen worden ist, den Alkohol teurer zu machen, nicht unbedingt ein sinnvolles Mittel ist, denn einen Alkoholiker werde ich so mit Sicherheit nicht trocken machen können. Ich glaube, das ist uns allen hier herinnen klar, das trifft dann im Endeffekt auch wieder nur die Falschen. Und ich hoffe natürlich auch, dass diese Anträge in Zukunft nicht mehr gestellt werden müssen, dass wir uns alle gemeinsam diese Anträge ersparen können. Aber da ist natürlich die Gesellschaft gefordert, da ist es notwendig, Präventivmaßnahmen zu schaffen, da ist es notwendig, in der Erziehung die Hausaufgaben zu machen und da ist es natürlich auch notwendig, die richtigen Wertvorstellungen unserer Jugend zu vermitteln, dann glaube ich, kann man im Sinne, wie es auch der Bürgermeister in der Zeitung am Sonntag gesagt hat, dann kann man das auch tatsächlich realisieren, dass man eine Stadt hat, die ganz ohne Verbote auch auskommt. Was den Abänderungsantrag der ÖVP betrifft, das ist durchaus sinnvoll, also da können wir mit, wenn da geprüft wird, wo es sinnvoll ist, in welchen Straßen und auf welchen Plätzen Alkoholverbote

sinnvoll sind, ich glaube, das ist durchaus etwas, wo man zustimmen kann. Ich bin mir sicher, dass da der Hauptbahnhof dabei sein wird, also ich glaube, in dieser Frage sind wir uns einig. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, auch Innsbruck hat uns das ja vorgemacht, dass das mit dem Problem Hauptbahnhof zu lösen ist, sie haben dieses dringende Problem in Innsbruck ja sogar in einem Sondergemeinderat behandelt und auch mehrheitlich, außer mit den Stimmen der Grünen, die waren in Innsbruck auch dagegen, aber mit den Stimmen der SPÖ, mit den Stimmen der Liste Innsbruck, ÖVP und der FPÖ diesem Alkoholverbot für den Bahnhofplatz in Innsbruck eben mehrheitlich zugestimmt und ich glaube, das ist ein gangbarer Weg auch für Graz und ich bitte noch einmal zu berücksichtigen, dass die Intention für diesen Vorstoß von der FPÖ in diese Richtung hauptsächlich von der Exekutive und von den Bürgern gekommen ist, die hier wirklich dieses Problem tagtäglich erleben (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Schröck** zum Antrag: Sehr geehrter Kollege Mag. Sippel! Der Name wird länger, die Ideen gehen dafür anscheinend aus. Bevor du den Antrag vom Kollegen Korschelt, der den Antrag ja sinnvollerweise, ich glaube, letztes Mal oder vorletztes Mal gestellt hat, betreffend die Situation am Hauptplatz und ich natürlich Angst haben muss, dass du den Antrag jetzt noch einmal 80-mal stellst und jedes Gasserl und jedes Platzerl hier in Graz...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Hast nicht zugehört vorher?

GR. **Schröck**: ...mit Verboten belegen möchtest, sehen wir natürlich den Antrag der ÖVP als sehr sinnvoll an und werden diesem Antrag auch inhaltlich die Zustimmung geben. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Mir ist gerade eingefallen, dass die FPÖ, bevor sie die soziale Heimatpartei geheißen hat, einmal freiheitliche Partei geheißen hat und die Freiheit in ihrem Namen war. Ist interessant, wie man das immer wieder interpretiert.

Der Abänderungsantrag von GR. Rajakovics wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Endgültige Aussetzung der Wintersperre für Grazer Gastgärten

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Werte Vizebürgermeisterin, ich darf Sie korrigieren, es ist der dringliche Antrag des Gemeinderates Grosz betreffend die endgültige Aussetzung der Wintersperre für Grazer Gastgärten, nicht der Antrag, eh nichts Neues, zumindest nicht mit dem Titel, aber es passt wunderbar zu dem Thema. Wir lesen in den Zeitungen, dass Graz von einer Verbotspolitik heimgesucht wird, da treten reihenweise Rednerinnen und Redner von der SPÖ, von den Grünen hier ans Pult und sagen pfui, diese Verbotspolitik spricht gegen die Freiheit des Einzelnen, gegen das Individuum, es ist ein unzulässiger Eingriff und selber ertappt man Sie dabei, wie sie sehr autoritär, um es ausdrücklich zu unterstreichen, autoritär hier einmal mehr die Verbotspolitik tradieren und in die Gestaltung der freien Wirtschaft der Klein- und

Mittelbetriebe eingreifen, indem Sie das Gastgartenverbot eingeführt haben. Graz, die Weltstadt der Urbanität. Graz, die Weltstadt der Offenheit, das was Florenz hat, nämlich Gastgärten auch im Winter, was Rom hat, was viele andere mitteleuropäische Staaten südlicher Provenienz haben, nicht zuletzt auch durch eine Verbotspolitik wie das Rauchverbot, nämlich Gastgärten, das darf Graz im Winter nicht haben. Weil wir uns ja als Politik herausnehmen, in die Gestaltung von Gastronomiebetrieben, in die Gestaltung der unternehmerischen Freiheit einzugreifen. Wir werden in Zukunft dem Herrn Weikhard diktieren, dass er nicht IWC oder nicht mehr Swatch verkaufen darf, sondern er wird ausschließlich ordnungspolitisch Dugena verkaufen dürfen, weil das hat einen wirtschaftlichen Sinn, der nur den Grünen offenbar ein Begriff ist. Wo beginnen wir und wo enden wir? Wir diskutieren in Österreich über ein Rauchverbot, seit einigen Wochen lese ich Studien der Sozialversicherungsanstalt, dass die Kalorien durch die Ernährung so schlecht sind, was ist denn das Nächste? Kommt herein und machen wir ein Schweinsbratenverbot. Nur einmal im Monat ein Schweinsbraten, weil sonst steigt der Kalorienbedarf und wenn der Kalorienbedarf steigt, dann steigt die Herzinfarkthäufigkeit, wo, wie lange, glauben wir, mit Verboten tätig zu werden, weit weg über den ordnungspolitischen Rahmen, weit weg vom ordnungspolitischen Rahmen. Durch Gastgärten wird keiner gefährdet, kein Vandalismus, keiner wird erschlagen, keine Bank wird überfallen, keiner wird betrogen, nein, nur die Klein- und Mittelbetriebsstruktur mit hunderten, mit tausenden Mitarbeitern, die sich entwickeln will, die hier ein Ambiente bieten will, wie wir es von vielen Großstädten Europas kennen, auch von mittleren Städten mit einer Einwohnerzahl vergleichbar wie Graz, 180.000, 200.000, 250.000 Einwohner. Aber wir in Graz sagen nein. Wir machen die Gastgärten über den Winter zu, als Nächstes wird die Vizebürgermeisterin daherkommen und sagen, die ganzen Straßenlaternen, die elektrifizierten, sind ein Dreck, machen wir wieder Gaslaternen und der Nachtwächter, jawohl, weil das ja de facto eine Nachtwächterpolitik ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Nachtwächterpolitik aus dem vorvorigen Jahrhundert, wie es ein Herr Metternich nicht besser machen hätte können. Der hat

durch jedes Schlüsselloch geschaut und Sie nehmen sich heraus, eine Fraktion, die im Übrigen keinen einzigen Unternehmer hat; zeigt einmal auf, wer ist denn Unternehmer bei euch, zeigt auf. Wer hat den einen Gewerbeschein, fürs Zuckerlverkaufen offenbar. Aber doch bitteschön nicht, Sie haben doch alle keine Verantwortung für Mitarbeiter.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat, ich ersuche Sie, langsam ein bisschen herunterzukommen, weil langsam fangen Sie an, sich zu vergreifen in der Wortwahl.

GR. **Grosz**: Wo habe ich mich in der Wortwahl vergreifen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich habe gesagt, Sie fangen langsam an, sich in der Wortwahl zu vergreifen und bevor das passiert, hole ich Sie herunter.

GR. **Grosz**: Erstens, Frau Vizebürgermeisterin, Sie brauchen mich nicht runterholen, zweitens, ich lasse mich von Ihnen auch nicht runterholen, drittens glauben Sie mir, in der Geschäftsordnung bin ich im Gegensatz zu vielen anderen so firm, dass ich weiß, was ein Ordnungsruf bedeutet und was zur Sache bedeutet im Gegensatz zu vielen anderen. Sondern noch einmal retour in aller Ruhe von mir aus, wenn es damit besser funktioniert. Wir sind der Meinung, dass das, was hier über Verbotspolitik passiert, Gastgartenverbot, schädlich ist, dass es diese Wintersaison nur Chaos gebracht hat und dass Sie es zu verantworten haben, dass Graz zur Lachnummer

Österreichs geworden ist, es lacht ja jeder nur mehr über uns, wenn du irgendwo nach Salzburg kommst, ach du kommst aus Graz, da haben auch die Narren irgendwas beschlossen, das hörst du im Volksmund. Und ich sage immer, nein, ich möchte nicht, dass der Grazer Gemeinderat volkstümlich vielleicht richtigerweise als Narrenhaufen tituliert wird, der so etwas beschließt. Daher bringe ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein: Der Stadtsenat wird aufgefordert, diese unsinnige und der Wirtschaft, Attraktivität und Lebensqualität dieser Stadt abträgliche Gastgartensperre ab sofort und dauerhaft auszusetzen und dass wir dieses kurze Aufflackern eines sinnlosen Verbots, neben dem Handyverbot und neben einem Plakatierverbot, endlich in das Reich der Geschichte wieder zurückverweisen, dort, wo es hergekommen ist.

StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Gemeinderat! Sie sprechen von den Wintergastgärten, es ist zwar einiges noch hinzugefügt worden von Verboten, Verboten, Verboten, meines Wissens haben Sie auch schon einigen Verboten oder Geboten zugestimmt, was ja sehr löblich ist.

Zwischenruf GR. Grosz: Nur einem.

StRin. Mag.^a (FH) **Grabner**: Graz, die Stadt Graz unter Anführungszeichen nicht nur unsere „wunderschöne“ Stadt, sondern auch für die Sicherheit sind wir alle gemeinsam zuständig. Die Wintergastgärten, wissen Sie, sind sehr wohl, sind wir

zusammengesessen mit dem Gipfel, und zwar mit dem Gipfel auch der Gastronomie, der Sektion Gastronomie, mit der Wirtschaftskammer, mit dem Tourismus und mit allen Beteiligten, die für die Gastronomie zuständig sind. Die Wintergastgärten, und es ist das Thema erst seit zwei Jahren auf diesem Tisch, denn es hat durch andere Verbote, wie Sie richtigerweise gesagt haben, erst dazu geführt, dass es Überlegungen geben musste, gesetzliche und auch behördliche Überlegungen, dass wir diese Maßnahmen überhaupt treffen. Es geht um temporäre Maßnahmen, temporäre Maßnahmen, die im Sinne der Ganzheitlichkeit betrachtet werden müssen, denn, wie Sie wissen, haben wir einen wunderbaren Advent, wir haben 240 % Steigerung in den letzten 15 Jahren und wir haben sehr, sehr viele Touristen und könnten es nicht verantworten, wenn auch zu Zeiten diese Gastgärten aufgebaut werden würden, denn es gäbe ein Problem auch der Sicherheit, wie Sie genauso wissen, auch mit den neuen Rahmenbedingungen. Die Ereignisse und das Übereinkommen, das werde ich Ihnen gerne kundtun, die Medien haben es aber glücklicherweise wirklich sehr, sehr gut auch niedergeschrieben, dafür auch ein Danke. Ergänzend zum Stadtsenatsbeschluss wird die Gastgartensaison um den 1. 11. bis zum zirka 15.11., je nachdem wann genau das Datum des Aufbaus auch der Adventzeit folgt, ausgeweitet. In dieser Zeit werden die Flächen auch kostenlos den Gastronomiebetrieben angeboten, welche sie wollen. Das waren in den letzten Jahren, begonnen haben wir bei vier, Frau Vizebürgermeister weiß es am besten, am Schluss waren es 14. Zwei letztendlich, die wirklich nur dafür gekämpft haben. Regelungen für den Außenbereich im Winter bleiben unverändert, es geht um die 80-Zentimeter-Regelung, ja, auch für die sind wir verantwortlich für unsere behinderten Menschen, für die Barrierefreiheit, das sind gelernte Prozesse, die wir gemeinsam seit vielen, vielen Jahren auch gemeinsam erarbeitet haben und auch einhalten müssen. Der Hauptplatz in der Adventzeit und nicht nur die Gastronomie, wir reden hier von der Gastronomie, sie sind eingebunden worden, und es wird gerade ein Konzept erarbeitet, sie auch in der zukünftigen Adventzeit noch mehr zu involvieren und auch zu integrieren, wenn sie das wünschen und einen Parallelstand eröffnen möchten. Wie Sie auch wissen, ist am Wochenende, und zwar am Freitag,

Samstag, Sonntag, auch jedem Gastronomiebetrieb es möglich, einen Stand vor seinem Lokal aufzustellen. Die Jahresabgaben der Gastgartenkonzession, dabei bleiben wir bei zwei Jahren Maximum, es kommt darauf an, wie die Betriebe auch dastehen, und Faschingdienstag, ja selbstverständlich war es immer möglich, oft fällt er anders hinein, nur wenn ein Zug vorbeifährt, wo so viele Menschen auch zu uns in die Stadt kommen, können wir sicher aus technischen Gründen auch diese Abgrenzungen nicht stehen lassen, das wäre nicht möglich. Und, wenn wir auch sprechen von Flexibilität, selbstverständlich ist diese immer gegeben gewesen, auch ist sie heute noch gegeben, man kann auch bis Monatsmitte oder den Tag XY wählen, man muss es nur so beantragen und so kommen wir auch den Gastronomievertretern entgegen. Ich freue mich sehr, dass die Wirtschaftskammer und alle Beteiligten der Wirtschaft, auch der Gastronomie, damit nicht nur einverstanden waren, wir haben einen wunderbaren Kompromiss gefunden, werden uns nun auch halbjährlich zusammensetzen, um ein gegenseitiges Feedback einzuholen und an weiteren Programmen zur Stärkung arbeiten, wie sie in diesem Sinne jetzt schon sehr positiv begonnen wurden und weitergeführt werden. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*). Die ÖVP stimmt der Dringlichkeit nicht zu.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich melde mich selbst zu Wort in dieser Sache. Ich habe ganz bewusst zuerst den Begriff Freiheit hier angezogen, weil ich schon interessant finde, wie Entfaltungsmöglichkeiten definiert werden. Ich bin eine Verfechterin der Freiheit, aber mit dem ganz klassischen Begriff, Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen eingeschränkt ist, da sind wir uns wohl einig. Und Freiheit im öffentlichen Raum, um den geht es da, und der öffentliche Raum ist Raum aller Bürger und Bürgerinnen, die in dieser Stadt leben, wohnen, arbeiten und Unternehmer und Unternehmerinnen sind, und um diesen öffentlichen Raum, der hat höchste Sensibilität in der Behandlung und in der Verteilung, in der möglichst gerechten Verteilung zwischen den unterschiedlichen Nutzerbedürfnissen, die in

einer Stadt einmal da sind, und das sind nicht ausschließlich Bedürfnisse von Gastronomen und da war im Gespräch, das gerade angesprochen wurde, auch eine sehr übereinstimmende und sehr gute Gesprächsgrundlage mit den Vertretern, mit den öffentlichen Vertretern, also mit den gewählten Vertretern der Gastronomen, das muss man auch dazusagen, weil Sie zuerst von Maulwurfsgipfel gesprochen haben. Es waren die von der Wirtschaftskammer und von den entsprechenden Vereinigungen definierten Vertreter, denen wir gegenübergesessen sind, das Gespräch war insofern ein sehr klares, wo wir gemeinsam zu einem Ergebnis gekommen sind, und damit ist das Thema Wintergastgärten in einer Form gelöst, wo alle damit leben können. Es gibt vier Wirte, und einer davon hat zwei Jahre lang, wie wir gehört haben, nicht einmal eine Konzession beziehungsweise Gewerbeschein besessen, dieses Thema aufgepuscht haben. Wir wissen, dass die Mehrheit, und es gibt in der Stadt Graz 250 Gastwirte, die einen Gastgarten betreiben, für die Mehrheit es nie ein Thema war, dass die anderen, die ungefähr heuer angesucht haben, 80 haben angesucht, davon war ein kleiner Prozentsatz, ein ganz kleiner, die über den Oktober hinaus ansuchen, weil die rechnen ja auch genau mit, weil wer sitzt denn, wenn es kalt ist, wirklich gerne im Gastgarten, das heißt, es geht um eine Minorität der betroffenen Gastwirte, für die Sie hier reden, die wirklich betroffen sind und deswegen bin ich sehr froh, dass dieses Gespräch diese Woche stattgefunden hat und das auch das Verständnis darüber hergestellt werden konnte, wem der öffentliche Raum aller gehört und dass er nicht alleine nur zu Konsum und insbesondere zu Verdienstzwecken gilt, da gibt es mehr Ansprüche in einer Stadt zu befriedigen und das ist auch die Rolle der Politik, deswegen auch den Rahmen zu schaffen. Aber da bin ich auch wieder beim Begriff von Freiheit, ganz bewusst. In dem Sinn halte ich das Thema für heuer gut erledigt.

GRin. **Krampl:** Auch wenn der Gerald Grosz in seinem, ich sage es einmal positiv, Überschwang genau gewusst hat, wie die SPÖ über die Sache Gastgärten denkt, muss

ich ihm leider sagen, er hat sich geirrt. Er hat insofern geirrt, dass es für uns erstens einmal ein wichtiges Thema ist und wir keinesfalls dafür eintreten, dass im Winter keine Gastgärten erlaubt sind. Wir haben das auch in unserem Abstimmungsverhältnis in der letzten oder vorletzten Gemeinderatssitzung oder bereits mehrmals dokumentiert. Ich kann vielen Argumenten von der Frau Stadträtin Grabner, von der Frau Vizebürgermeisterin Rücker kann ich auch folgen und deshalb haben wir als SPÖ einen Zugang zu dieser Thematik, dass wir sagen, Gastgärten ja, erlauben, aber genau anschauen, wo es möglich ist und wo es nicht möglich ist. Das heißt, jeder einzelne Antrag soll im Hinblick auf die Sicherheit begutachtet werden, er soll im Hinblick, wo ist die Freiheit anderer eingeschränkt, begutachtet werden, es soll Bedacht genommen werden, ob wichtige Parkplätze verloren gehen, ob die Schneeräumung trotz Gastgärten funktionieren kann, das heißt für uns, weder pauschal ein Ja zu Gastgärten im Winter und auch gleichwenig ein absolutes Nein zu Gastgärten im Winter. Das heißt, man muss es von Fall zu Fall anschauen und dort, wo es möglich ist, für das sind wir auf jeden Fall, dass immer dort, wo es möglich ist, ein Gastgarten erlaubt wird. Ich kann nur meine persönliche Meinung sagen, für mich war das fast ein bisschen ein Schockzustand, wie die Adventstandl abgeräumt worden sind und auf einmal war die Stadt plötzlich tot. Ich habe mich nachher wieder gewöhnt daran, aber es war im ersten Moment trotzdem nicht ganz einfach. Also immer wo möglich eine Zustimmung zu einem Antrag, aber wo es eben nicht geht, dann nicht, also nicht pauschal, sondern im Einzelfall bitte prüfen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Frau Kollegin von der SPÖ, die Genehmigung muss ja erteilt werden im jeweiligen Fall, das ist ja auch vor zwei Jahren so gewesen, also ich will nur, dass es in Zukunft keine generelle Wintergastgartensperre mehr gibt. Das ist unabhängig davon, ob es eine Genehmigung im Anlassfall gibt, wie in der Vergangenheit auch, wenn es notwendig ist. Aber ich gehe mit dem Grundsatz voraus, dass es frei ist und nach Maßgabe es den Gastronomiebetrieben frei zugestanden ist und nicht nach der

Methode der Grünen und der ÖVP, es ist a priori verboten, und um die Befreiung muss sich das einzelne Individuum kümmern, das ist ein ganz anderer Zugang, das ist eine ganz andere Beweislastigkeit. Die Beweislastigkeit ist jetzt die, dass die Wirte den Schaden haben und damit im Übrigen nicht nur die Gastronomiebetriebe, also die Wirtschaft, die 50 % der Abgaben und der Steuern in der Stadt zahlt, sondern auch die Konsumentinnen und Konsumenten, denn der Gastronomiebetrieb trinkt ja nicht seinen Kaffee selbst, sondern der schaut, dass sein Gastgarten voll ist mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz und mit Touristen und das wird damit eingeschränkt, ganz einfach. Und im Gegensatz zur Frau Vizebürgermeisterin und zu anderen Stadtsenatsmitgliedern sind die Gastronomiebetriebe wirkliche Steuerzahler und zwar in einem hohen Ausmaß, die der Stadt etwas bringen und nicht Volksvermögen ständig vernichten. Es handelt sich um ganz unterschiedliche Personen, die ruinieren Steuergeld, die Unternehmer, die Arbeitsgeber und die Arbeitsnehmerinnen und Arbeitsnehmer unserer Stadt bringen Steuergeld und im Interesse jener haben wir hier tätig zu werden und nicht im Interesse jener, die nachhaltig Volksvermögen vernichten. Und, Frau Vizebürgermeisterin, ein kleiner Hinweis, damit Sie keine Amtsmisbrauchsklage haben, ich würde da über Gewerbeberechtigungen als offizielles Organ und Bürgermeisterstellvertreterin der Stadt Graz nicht so offenkundig Auskunft geben, wer in der Stadt eine Gewerbeberechtigung hat oder nicht. Mit Ihrem Wissen als Amtsorgan, als Bürgermeisterstellvertreterin der Stadt Graz, da sind gerade vor einer Woche andere Personen wegen Amtsmisbrauch vor Gericht gestanden und haben 38.000 Euro gezahlt. Wenn Sie aus Bescheiden oder dieses Wissen hier als politische Persönlichkeit, als Amtsperson ausgeplaudert haben, vor allem finde ich das auch nicht besonders nett, unseren Grazerinnen und Grazern, den Unternehmen und den Steuerzahlern ausrichten, dass eh für Hugo sind, weil sie sich um die Genehmigungen nicht scheren, das sind im Gegensatz zu jenen, die nur von Steuergeld leben, wie Sie, nämlich jene, die Steuergeld in den Steuertopf einzahlen und damit noch etwas Sinnvolles machen, und die vertreten wir hier, denn die haben in der Vergangenheit genug gezahlt. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ein Kommentar, ich habe hier keinen Namen genannt, ich habe was wiedergegeben, was ich in der Zeitung gelesen habe, genauso überrascht wie alle anderen hier und mehr nicht.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Petition an den Landtag Steiermark für den Erhalt des Gratiskindergartens als Herzstück der steirischen Familien- und Bildungspolitik (Zitat: LR. Mag.a Elisabeth Grossmann, 2008) – keine Schuldgeld-Einführung durch die Hintertüre und keine Wählertäuschen im exzessiv sensiblen Kinder-, Familien- und Bildungsbereich

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu einem Antrag, der eine Petition an den Landtag Steiermark ist. Jetzt ist es noch Zeit, korrigierend einzugreifen. Sie wissen alle die Schlagzeilen und die näheren Information zum Budget des Landes Steiermarks, und ein Thema hat mir besonders aufgestoßen, nämlich das Herausbrechen des seinerzeit noch vor zweieinhalb Jahren titulierten Herzstücks der Kinder-, Familien- und Bildungspolitik. Dieses Zitat, das seinerzeit Elisabeth Grossmann als zuständige Landesrätin formuliert hat: Herzstück der steirischen Familien- und Bildungspolitik, ist absolut in Gefahr mit

den Maßnahmen, die hier von der neuen Reformpartnerschaft aus ÖVP und SPÖ angetragen wird. Im seinerzeitigen Landtagsbeschluss noch am 2. September haben nämlich SPÖ, ÖVP, Grüne und KPÖ diesem Gratiskindergarten als langjährige Forderung eigentlich in der Politik zugestimmt, und jetzt nach nur mehr zweieinhalb Jahren soll das de facto zu Grabe getragen werden. Es bleiben ja noch Reste übrig, wie es geplant ist. Das heißt, für die Kinder, die vor dem Volksschuleintritt stehen im letzten Jahr, wird eine Gebührenpflicht eingeführt, aber gleichzeitig auch die Verpflichtung, den Kindergarten zu besuchen. Früher hat man in der seinerzeitigen grauen Vorzeit oder Steinzeit, familienpolitischen Steinzeit für die älteren Kinder, die in die Schule gegangen sind, Schulgeld gezahlt und ich denke, das ist ein Weg, der hier beschritten wird, der absolut der falsche ist, es ist ein familienpolitischer Kahlschlag und ich bin schon sehr gespannt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wenn ich unseren Klubobmann Piffel-Percevic von der ÖVP, wie er reagieren wird, ob er sagen wird, seine Fraktion, ob dieses Thema ist wichtig für die Familien, für die Kinder, für die Bildungspolitik, stimmen wir dem Antrag zu oder nein, so wie der Cäsar früher sagt einfach, nein, die sind mir wurscht, die haben wir als Klientel abgeschrieben, als Partei und denen möchten wir nicht mehr entsprechende Unterstützung gewähren. Es bleiben auf der Strecke nicht nur die Eltern, die betrogen werden, weil sie müssen ja eine entsprechend lange, langfristige, bis auf 20 Jahre hin dauernde Finanzplanung für ihre Familie machen, es bleiben noch jene Eltern wirklich oder potentielle Eltern mit Kinderwunsch, die halt noch kein Kind haben auf der Strecke, weil sie sich dreimal überlegen werden, ob sie sich die entsprechenden, auch medizinischen Untersuchungen und Therapien wirklich leisten, wenn sie wissen, was auf sie zukommt und wie unglaublich und unverlässlich eigentlich die steirische Politik ist. Vor zweieinhalb Jahren ein sehr vernünftiges Familienpaket hier zur Kinderbetreuung einzuführen und jetzt dem den Garaus zu machen. Zurück bleiben aber auch die wirtschaftlich Kleinen und Kleinsten, und da möchte ich wirklich auch die SPÖ ansprechen, die ja seinerzeit wirklich hier diesen positiven Input geliefert hat und es war ja auch die jetzige Finanzlandesrätin Bettina Vollath, die seinerzeit als Erfinderin dieser Maßnahmen gegolten hat. Interessant war auch die Begleitmusik

vor zweieinhalb Jahren, die mit dieser Einführung beschriftet worden ist, das Ganze bleibt ein Eigentor der steirischen Landespolitik, die Unglaubwürdigkeit, die Unplanbarkeit der Mittel und langfristigen Einnahmen und wir sehen dieses Herzstück wirklich herausgerissen, wenn wir hier nicht vom Gemeinderat uns zusammenreißen und zumindest einen Appell Richtung Landtag richten, hier entsprechende Maßnahmen zu setzen, um dieses Gratiskindergartenjahr und diesen Gratiskindergarten wirklich zu erhalten.

Ich stelle daher als unabhängiger Gemeinderat nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle nachfolgende Petition an den Landtag Steiermark beschließen:

Die Landtagsabgeordneten aller Fraktionen, von SPÖ, ÖVP, FPÖ, KPÖ und Grünen, werden seitens des Grazer Gemeinderates aufgefordert, den Gratiskindergarten in der bestehenden Form zu erhalten und keine Beschlüsse zu fassen, die dessen Abschaffung oder auch nur eine Verschlechterung des seit 2008 unentgeltlichen Zuganges aller Kindergartenkinder zum Gratiskindergarten bezwecken oder bewirken, um sicherzustellen, dass weiterhin das Herzstück der steirischen Familien- und Bildungspolitik vital und kraftvoll schlägt und das hierbei essentielle Vertrauen der Familien und aller sich Kinder Wünschenden nicht neuerlich beschädigt wird. Bitte um Unterstützung. Danke.

GRin. **Haas-Wippel** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPÖ, finden es wirklich sehr bedauerlich, dass dieses enorme, wichtige Thema für tiefste Polemik so missverwendet wird. Deshalb muss ich ganz klar sagen, dass wir diesen

Inhalt des Motivenberichtes klar ablehnen. Wir lehnen den Inhalt des Motivenberichtes ab, aber wir gehen mit der Dringlichkeit mit und zwar deshalb, weil das Thema uns viel zu wichtig ist, als dass das jetzt untergehen könnte. Deshalb stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Abänderungsantrag: 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich grundsätzlich dazu, dass der Kindergartenbesuch im Sinne des kostenlosen Zugangs zur Bildung für alle gratis erfolgen sollte und in diesem Sinne auch der Gratiskindergarten, wie er bis zum derzeit laufenden Kindergartenjahr praktiziert wurde, wieder eingeführt werden sollte, sobald die budgetäre Situation des Landes dies wieder ermöglicht. 2. Bis diese Wiedereinführung des Gratiskinder Gartens möglich ist, wird das Land Steiermark ersucht, die derzeitige Sozialstaffelung insofern zu überarbeiten, als auch für Familien mit einem Durchschnittseinkommen der Kindergartenplatz kostenlos zur Verfügung steht. Danke.

GRin. **Benedik:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Gerhard! Ich frage dich, schreibst du deine Anträge immer von den Freiheitlichen ab? Inhaltlich ist es nämlich der gleiche Antrag, den der freiheitliche Landtagsklub am 4. 3. bereits eingebracht hat. Wie so oft schüttest du aber das Kind mit dem Bade aus und du verstrickst dich in Details. Aber davon abgesehen, die Einführung des Gratis-Kindergartens vor drei Jahren war nichts anderes als ein Wahlzuckerl der SPÖ. Jetzt nach drei Jahren umzuschwenken und den untersten Mittelstand sowie den Mittelstand wieder stark zu belasten, zeigt wieder einmal deutlich, wo der Sparstift nicht angesetzt werden dürfte, nämlich das Budget auf Kosten von Familien mit Kindern zu sanieren. Ein Gebiet, wo Einsparungen absolut keinen Platz haben dürften, ist die Familie. Nicht genug damit, dass Familien mit der drastischen Kürzung der 13. Familienbeihilfe schon zur Kasse gebeten wurden, kommt es jetzt auch noch zur Abschaffung des Gratiskinder Gartens. Wir Freiheitlichen meinen, Familie und Geld darf kein Widerspruch sein, Familien mit Kindern dürfen nicht weiter bestraft werden,

deswegen stimmen wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Frau Kollegin Haas-Wippel, ich weiß schon, dass Sie sich da schwer tun, aber das ist halt so schwierig, wenn man vor drei Jahren vor einer Landtagswahl mit viel Pomp und Trara einen Gratiskindergarten in der Steiermark einführt und dann exakt fünf Monate nach der Wahl diesen Gratiskindergarten wieder abdreht, weil es heuchelnd zur Potenz ist. Was hier passiert, ist auf dem Rücken der Familie und weil es Wählertäuschung nachhaltig ist, was hier mit den Steirerinnen und Steirern passiert ist. Weil dann hätten Sie vor drei Jahren den Gratiskindergarten gar nicht abfeiern müssen und öffnen müssen, im Übrigen mit der ÖVP gemeinsam. Die einstig stolze Familienpartei ÖVP, die jetzt eine Staatssekretärin wie die Frau Remmler ihr Eigen nennt, die Familienpolitik über Dolce-und-Gabana-Brillen definiert, diese einst stolze Familienpartei ÖVP macht mit der sozialdemokratischen Familienpartei SPÖ den Gratiskindergarten und fünf Monate nach der Wahl drehen sie ihn wieder ab. Aber dafür lesen die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die Frauen, die Mütter in den Zeitungen, dass für die üppigste Parteiförderung nach Wien in Österreich, also in der Steiermark, mehr als 22 Millionen Euro für die Parteien jährlich ausgeschüttet werden und voriges Jahr noch 4,5 Millionen Euro nach der Landtagswahl als Sonderdotations vergeben worden sind für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und alle anderen übrigen Regierungsparteien und Landtagsparteien. Dann gehen wir einfach her, beschneiden wir die Landesparteiförderung in Zukunft und damit machen wir den Gratiskindergarten wieder auf. Denn das ist wirklich eine Investition in die Zukunft unserer Kinder in der Steiermark. Der Gratiskindergarten ist ein wesentlicher Grundbaustein einer ordentlichen Familienpolitik, so wie ich mir das in der Steiermark und in Österreich vorstelle. Und er ist finanzierbar, wenn man in dem einen oder anderen Bereich umschichtet und wenn die Parteien, Frau Genossin Haas-Wippel, wenn Ihre Partei auf

Landesebene in Zukunft auf ein paar Millionen Euro verzichtet, Sie können aber auch Ihren künftigen Stadtparteivorsitzenden Edmund Mundi Müller fragen, ob er von seiner Million-Abfertigung nicht wenigstens paar Monate den Gratiskindergarten in Graz finanzieren möchte. Er ist ja ein Millionär, Mundi Sackbauer, ach Müller, euer neuer Parteivorsitzender, den ihr bekommt, vielleicht gibt er etwas her, wenn er dann Parteivorsitzender ist, dann gibt es auch wieder den Gratiskindergarten. Wir stehen dafür, wir unterstützen den Antrag von Gemeinderat Mariacher selbstverständlich, denn diese Wählertäuschung gehört bestraft und die Familien in der Steiermark gehören wieder besser gestellt (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich möchte darauf hinweisen, dass wir seit dem Jahr 1999 ein Reformprojekt zur Budgetkonsolidierung betreiben. Über die Jahre weiterentwickelt, 2004 Reformprojekt 2000+, Eckwertbudget ab 2005, wir haben seit 2008 eine schwarz/grüne Reformpartnerschaft im mittelfristigen Konsolidierungspfad, wir haben im Eckwert für heuer allein die Vorgabe, ausgewogen und abgedeckt, minus fünf Prozent, mit Ausnahme Jugend und dergleichen. Ich wollte darauf hinweisen, dass das unser Weg ist, wir sehen ein und wir haben es vorausgeahnt und nicht nur geahnt, sondern auch uns artikuliert, dass gratis für alle, ohne Differenzierung des Sozialstatus die unsozialste Vorgangsweise ist, weil für die, die es sich leisten können, damit verzichten wir auf die Beiträge für die, die es sich nicht leisten können, und was ist das Ergebnis, wir müssen insgesamt alle Leistungen, auch Sozialleistungen, zurückfahren. Das ist kein Modell, zu dem bekennen wir uns nicht. Und deswegen müssen wir diese Vorbemerkung machen, wir sind jetzt mit einem Abänderungsantrag konfrontiert, der Detlev wird sich dann nach der Dringlichkeit, die durchgehen wird, zu Wort melden, aber diese Vorbemerkung möchte ich sagen. Ein Schlusssatz, wir finden es daher auch höchst an der Zeit, sehr wohl zu überlegen zum Beispiel, bevor man gratis für alle, Fachhochschule Joanneum, Stichwort, die

Leistungen dort um zehn Prozent zurückfahren muss, anstatt dass man Studiengebühren für die, die es sich leisten können, dort einführt abgefedert, sozial. Ich wollte das gesagt haben, weil wir müssen aufhören, mit gratis für alle ohne jede Differenzierung (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Grundsätzlich war bei uns schon bei der Einführung des Gratiskindergartens eine gewisse Skepsis angebracht und die hat sich ja letztlich auch herausgestellt. Faktum ist, dass dieses Modell, das die Stadt Graz seit vielen Jahren verfolgt hat, letztendlich dazu geführt hat, dass jene, die es sich nicht leisten konnten, den Kindergarten ohnedies auch bis zur Einführung des Gratiskindergartens in Graz zumindest gratis besuchen konnten. Es ist, glaube ich, unbestritten, dass ein Kindergarten eine Bildungsinstitution ist und ich denke, wir alle kennen Familien, bei denen es sehr, sehr gut ist, wenn Kinder auch bereits ab dem dritten Lebensjahr in einem Kindergarten sind aus verschiedenen Gründen, die ich jetzt nicht näher ausführen muss. Richtig ist aber auch, glaube ich, dass es schwer argumentierbar ist, dass Familien, deren Einkommen tatsächlich ein sehr, sehr hohes ist, keinen Beitrag dazu leisten sollen. Mit diesem undifferenzierten Zugang wurden aus meiner Sicht, aus unserer Sicht in den letzten Jahren doch Gelder ausgegeben, die wir letztendlich, und so stellt es sich ja auch heraus, eigentlich gar nicht hatten und auch nicht mehr haben. Ich kann mich durchaus dem ersten Punkt anschließen, wenn es die budgetäre Situation des Landes wieder ermöglicht, nur wissen wir nicht, wann das der Fall sein sollte. Es ist eigentlich relativ unrealistisch, aber sicher kein uneleganter Versuch, sich dieser Diskussion zu entziehen, ob man jetzt für gratis ist oder nicht. Und die Wiedereinführung eines Gratiskindergartens im Punkt 2, die derzeitige Sozialstaffelung, wie sie halt jetzt vom Land vorgeschlagen ist, zu überarbeiten, damit

Familien mit einem Durchschnittseinkommen auch weiterhin gratis den Kindergarten besuchen können oder vielmehr deren Kinder, was ist das Durchschnittseinkommen? Das ist auch nicht genau definiert, das ist der zweite elegante Versuch, einer gewissen Diskussion zu entgehen. Faktum ist, dass die Frau Landesrätin zumindest angekündigt hat und auch verschriftlicht hat, wenngleich die Tabellen nicht immer übereinstimmen, die mir zur Verfügung stehen, dass bis zu einem Netto-Familieneinkommen von 1.500 Euro der Besuch auch weiterhin gratis sein wird. Ist das jetzt, Frau Gemeinderätin, das angesprochene Durchschnittseinkommen oder wovon reden wir, was ist das Durchschnittseinkommen? Und zum Herrn Gemeinderat Mariacher ein Satz, das verdeckte Einführen eines Schulgeldes ist wohl auch ein bisschen weit hergeholt. Gerade im verpflichtenden Kindergartenjahr für die Fünfjährigen ist der Besuch für 30 Stunden in der Woche gratis, das könnte man durchaus jetzt umlegen auf die Schule, die ist ja auch gratis und die Nachmittagsbetreuung in der Schule ist nicht gratis, ist ja auch kein Schulgeld. Also dieser Vergleich ist nicht ganz zutreffend. Ich glaube, nachdem dieser ursprüngliche Antrag aus unserer Sicht nicht die Zustimmung finden kann und der Abänderungsantrag wohl sehr, sehr bewusst so unkonkret ist, können wir dem auch in dieser vorliegenden Form nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann**: Es könnte ja zu einer schnellen Diskussion da herinnen oder zu einer schnell herbeiführten Diskussion zum Gratiskindergarten werden, nachdem die SPÖ auf eine Verbesserung der budgetären Situation hofft. Ich glaube ja eher, dass die SPÖ und die ÖVP auf eine verbesserte Budgetsituation im Land hofft, damit sie nachher wieder so weiter tun können wie vorher, nämlich durch das Land zu ziehen und dann dem einen Freiwilligen Feuerwehrverband und dem anderen Schwimmhallenbesitzer oder dem Tierparkbesitzer wieder Möglichkeiten zu geben, Ruin für die Gemeinde herbeizuführen. Also, wenn das die Situation ist, die verbesserte budgetäre Situation, damit dann Landeshauptmann und Stellvertreter im

Land herumziehen, um das Gleiche zu machen, was in den letzten 15 Jahren unter Klasnic und Voves passiert ist, dann weiß ich nicht, ob ich überhaupt zu so einer budgetären Situation beitragen möchte. Wir werden als Grüne diesen Abänderungsantrag ablehnen, weil das ist nicht nachvollziehbar und es ist auch von der Zeit her nicht nachvollziehbar, wann denn dieser Punkt erreicht wird, wenn ihr als Sozialdemokraten wieder den Gratiskindergarten einführen möchtet. Zum Unterschied von der ÖVP, aber das ist ja in dem Punkt nichts Neues, sind wir für den Gratiskindergarten, sind wir für die Beibehaltung von Gratis-Bildungseinrichtungen und wir würden, soweit sich das dann ausgeht, dem Antrag vom Kollegen Mariacher, auch wenn die Beschreibung im sogenannten Motivenbericht eine schwindlige ist, aber das, was drinnen steht, Wiedereinführung des Gratiskindergartens, dem stimmen wir zu. Wenn der Abänderungsantrag, so wie ich es jetzt durchgezählt habe, keine Mehrheit finden wird. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.05 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Stadtrat, Klubobmann Karl-Heinz Herper! Das was ihr Sozialdemokraten da neuerlich bei einem Thema betreibt, das ist wirklich Kindesweglegung, nämlich nicht von einer Entscheidung, die vor irgendwelchen Urzeiten einmal gefällt worden ist, sondern vor zweieinhalb Jahren von Politikern, die jetzt noch in entsprechenden Funktionen in der Landesregierung sitzen an verantwortlicher Stelle und dass Ihr diese Position aufgibt und sagt, mit einer Argumentation, dass einfach das Budget jetzt nicht da ist. Ich werde euch das gleich widerlegen, dass das überhaupt nicht stimmt; und überhaupt könnte man als erstes Argument sagen, dann habt ihr, wenn euch das wirklich damals ein ernsthaftes

Anliegen war, und das ist eigentlich mit dem Wort Herzstück ausgedrückt worden, dann habt ihr jetzt bei den Budgetverhandlungen die entsprechend falschen Prioritäten gesetzt. Weil das hätte bei euch ganz oben auf der Prioritätenliste stehen müssen, dass das für die Zukunft unseres Landes einfach erforderlich ist. Die ÖVP ihrerseits, lieber Klubobmann Piffli-Percevic, die ÖVP betreibt einen absoluten Verrat an ihrer ursprünglichen Kernwählerschaft, ob das die Familien, ob das Kinder sind, ob das Leute sind, die im Bildungsbereich Verantwortung tragen. Ich möchte sehen, was die Lehrgewerkschafter dazu sagen, ich möchte sehen, was die KinderpädagogInnen dazu sagen, wenn sie von eurem Kurs hören, und wir werden das entsprechend natürlich publizieren. Ihr macht einen Verrat aber auch an der Zukunft unserer Stadt und unserer Zukunftschancen und ihr braucht euch überhaupt nicht wundern, wenn euch auch mit diesem Entscheid, mit diesem Abstimmungsverhalten, das ihr jetzt ankündigt, ihr eigentlich eine Möglichkeit nehmt, eine Maßnahme zu setzen, um hier wirklich eine Integration in unserer Stadt von Migranten, von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern umzusetzen, dieses schafft ihr nämlich damit ab und prolongiert die Probleme, die es derzeit gibt und ihr werdet sie damit sogar noch damit verschärfen. Zur SPÖ und zu den finanziellen Möglichkeiten, ich weise euch darauf hin, und ich habe es bereits in der Presseaussendung zu diesem Thema geschrieben, erst vor wenigen Wochen, und das soll auch die ÖVP hören, weil sie ist jetzt ressortverantwortlich dafür, vor wenigen Wochen hat das Land Steiermark auf insgesamt 80 Millionen Euro gegenüber dem Bund verzichtet, 780 Millionen Euro aus dem Mehraufwand, wo das Land Steiermark Forderungen gehabt hätte gegenüber dem Bund, darauf wurde verzichtet mit der schlichten und biedereren Argumentation, man kann einem Bettler nichts wegnehmen. Das ist eine unmögliche Vorgangsweise, wie man hier mit dem Landesvermögen umgeht und genau, wenn ihr das nämlich dividiert zu dem Mehraufwand, der notwendig wäre, um auf Basis des derzeit Geplanten diesen Gratiskindergarten zu erhalten, könnte man fast vier Jahre lang diesen Gratiskindergarten, wie ich ihn in meinem dringlichen Antrag fordere, beibehalten und aufrecht erhalten. Soweit zur budgetären Wahrheit, deswegen stimme ich diesem Abänderungsantrag nicht zu,

weil er einfach nicht fair, nicht glaubwürdig ist und einfach ein Betrug an den Wählerinnen und Wählern ist.

Der Abänderungsantrag von Gemeinderätin Haas-Wippel wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.